Brief des ZK der Partei der Arbeit Albaniens und der Regierung der SVR Albanien an das ZK der KP Chinas und die chinesische Regierung **1 H 3752 CX** **(Beilage)**

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 32, 11. August 1978 | 12. Jahrgang | 50 Pfennig

Antisozialistischer, chauvinistischer Akt Chinas gegen Albanien

Albanien entlarvt Chinas Großmachtstreben

Auf tiefe Empörung ist der feindselige Akt der chinesischen Revisionisten gegen die Sozialistische Volksrepublik Albanien nicht nur beim albanischen Volk, sondern auch bei den wahrhaft fortschrittlichen Menschen in aller Welt gestoßen. Die Pekinger Regierung hatte — der „Rote Morgen" berichtete darüber — die mit der SVR Albanien bestehenden Vereinbarungen einseitig aufgekündigt und damit skrupellos alle zwischen beiden Ländern geschlossenen Verträge gebrochen.

So wollen die neuen Mandarine in Peking das sozialistische Albanien in wirtschaftliche Schwierigkeiten stürzen, wollen sie die Partei der Arbeit Albaniens erpressen und das albanische Volk in die Knie zwingen. Und warum? Weil sich die Albaner weigern, den chinesischen Führern auf ihrem Weg des Verrats, der Kapitulation vor dem Imperialismus zu folgen. Weil sie unbeirrbar, geführt von der PAA mit Genossen Enver Hoxha an der Spitze, den Weg der weiteren Festigung der proletarischen Diktatur und des proletarischen Internationalismus gehen.

Aber was haben die chinesischen Revisionisten mit ihren feindseligen Handlungen gegen das sozialistische Albanien erreicht? Sie haben nur einmal mehr und in aller Klarheit ihr wahres Gesicht enthüllt: Das von geschworenen Feinden der Revolution, von Großmacht-Chauvinisten, die sich der gleichen Methoden bedienen, mit denen schon die Chruschtschow und Breschnew gegenüber dem albanischen Volk gescheitert sind. Dieses Volk läßt sich nicht in die Knie zwingen, nicht von den Imperialisten, nicht von den Revisionisten dieser oder jener Spielart. Überall in Albanien wird die prinzipienfeste Haltung der PAA begeistert begrüßt, werden voller revolutionärem Elan Maßnahmen getroffen, um trotz der chinesischen Sabotage die Planziele zu erfüllen und überzuerfüllen.

An der Seite der PAA und des albanischen Volkes stehen die wahren marxistisch-leninistischen Parteien, darunter auch die KPD/ML. Die in diesem „Roten Morgen" dokumentierten Erklärungen der Solidarität sind ein Ausdruck des proletarischen Internationalismus, der tiefen Verbundenheit und des festen gemeinsamen Willens, den Kampf gegen alle Feinde der Revolution zu führen.

Stuttgarter fordern Rücktritt von Filbinger

Donnerstag letzter Woche. Ein erneutes Todesurteil von Hans Filbinger, Ministerpräsident von Baden-Württemberg und stellvertretender Vorsitzender der CDU, wird bekannt. Am 17. 8. 43 wurde ein Soldat wegen „fortgesetzter Plünderei" zum Tode verurteilt. Vertreter der Staatsanwaltschaft, die dieses Todesurteil forderte, war Hans Filbinger! Der Soldat, der später begnadigt wurde, starb nach drei Monaten Straflager an Lungenentzündung.

Wie hatte doch Filbinger, nach hartnäckigem Lügen als Beteiligter an drei Mordurteilen der Nazi-Justiz überführt, am 8. Juli erklärt: Es gäbe kein weiteres Kriegsgerichtsverfahren mit Todesurteil unter seiner Beteiligung! Nun stellt sich also heraus, daß Filbinger erneut gelogen hat. Dieses notorische Lügen Filbingers, seine Weigerung, von seinem Amt als Ministerpräsident zurückzutreten, ist ein Skandal. Aber ist das so überraschend? Kann man denn ernsthaft von einem Mann, der über junge Soldaten skrupellos faschistische Mordurteile fällt, erwarten, daß sein „Gewissen" ausgerechnet beim Lügen schlägt? Nein. Nicht, weil Filbinger lügt, fordern wir seinen Rücktritt, sondern weil er ein Nazi-Mörder ist. Nicht, daß Filbinger durch hartnäckiges Lügen seinen Posten zu halten versucht, ist der eigentliche Skandal bei dieser Angelegenheit, sondern daß er so lange Ministerpräsident in diesem „freiheitlich-demokratischen" Staat und stellvertretender Vorsitzender einer der „demokratischen" Parteien dieses Staates sein kann. Denn was kann deutlicher zeigen, wes Geistes Kind dieser Staat und seine „demokratischen" Parteien sind?

Die einzigen, die fordern, daß Filbinger verschwindet, weil er ein Nazi-Mörder ist, sind die Werktätigen. In der letzten Woche bildete sich in Stuttgart auf Initiative der KPD/ML die „Front gegen Reaktion und Faschismus", die als erste Aktion mit Flugblättern und mit einem Informationsstand für den sofortigen Rücktritt von Filbinger eintrat. Dieser Stand war ständig von einer Traube von Werktätigen umlagert, die aus ihrer Empörung über den Nazi-Mörder Filbinger keinen Hehl machten. Einer hatte früher selber Parolen gegen den Faschismus gemalt: „Wenn man sich vorstellt, von so einem verurteilt zu werden", empörte er sich. Ein anderer war verfolgt worden, weil er Jude war. Auch er war zutiefst empört darüber, daß Verbrecher wie Filbinger heute noch in Amt und Würden sind. „Aber die Reichen stecken eben alle unter einer Decke", kommentierte ein anderer. Ein dritter schließlich sprach aus, was viele angesichts der Filbinger-Affäre heute denken: „Mit diesen Gangstern hätte man schon '45 aufräumen müssen... Was das Heute angeht, waren aber fast alle einer Meinung, daß die Forderung der „Front gegen Reaktion und Faschismus" die einzig richtige ist: Filbinger muß zurücktreten. Und zwar sofort!



Viele Passanten interessierten sich für die Wandzeitung am Stand der „Front gegen Reaktion und Faschismus" in der Stuttgarter Innenstadt.

Wußten Sie schon ...?

...daß „unser sozialer Rechtsstaat" regelrecht die von den Arbeitern und Angestellten durch ihre Beiträge finanzierte Arbeitslosenversicherung ausplündert? Zunehmend wird es nämlich zur beliebten Praxis von öffentlichen Verwaltungen, Planstellen für bestimmte Arbeiten zu streichen und dafür sogenannte „Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen" durchzuführen. Das bedeutet: Was früher regulär angestellte Arbeiter oder Angestellte an Arbeit geleistet haben, wird jetzt von Arbeitslosen erledigt. Sie kosten die Behörde keinen Pfennig. Denn sowohl die Krankenversicherung als auch den Hungerlohn für diese Kollegen bezahlt das Arbeitsamt aus unseren Versicherungsbeiträgen. Von einer Dienststelle des Landes Rheinland-Pfalz wurde zum Beispiel jetzt bekannt, daß sie auf diese „kostensparende" Weise 61 Personen beschäftigt. Und zwar bereits seit zwei Jahren! Wirklich bezeichnend, wie der Staat den „Kampf gegen die Arbeitslosigkeit" führt!

Bayer-Werke/ Wuppertal

Salzsäure in der Luft



Mit Gasmasken schützten sich die Feuerwehrleute gegen den stinkenden und ätzenden Salzsäurenebel im Bayer-Werk. Für Anlieger und Passanten gab es keinen Atemschutz.

Bayer forscht für Umweltschutz — so wirbt die Firma. Die Wahrheit sieht anders aus. Mittwoch, 2. August: „Plötzlich gab es einen kleinen Puff. Dann stieg dieser komische Nebel direkt auf der anderen Seite der Wupper aus dem Bayer-Werk", erzählt ein Arbeiter. Was sich an diesem Vormittag wie ein riesiger, weißer Qualmpilz über Wuppertal-Elberfeld/West ausbreitete, waren Salzsäure-Dämpfe! Ein Kessel mit Phosphoroxidchlorid in der Pflanzenschutzmittel-Produktion war undicht geworden. Schlagartig reagierte die Chemikalie mit Luft zu Salzsäure.

In der Nähe der Chemischen Fabrik wohnen Tausende von Menschen. Doch keiner wußte, was er da eigentlich einatmete, was ihm Atembeschwerden und Übelkeit bereitete. Kein Lautsprecherwagen von Bayer fuhr durch die Straßen, um die Anwohner zu warnen. Nur dieses ätzende, beklemmende Gefühl in Luftröhre und Lunge! Immer wieder beschwerten sich die Anlieger über die Industriegase, aber dies war schlimmer. Sie schlossen die Fenster, machten sogar Läden und Werkstätten dicht. Manche machten sich auf den Weg ins Grüne, nur, um frische Luft zu schnappen.

Während so Tausende von Menschen ungeschützt dem Salzsäurenebel ausgesetzt waren, tat die Bayer-Werksleitung alles, um den Unfall herunterzuspielen. Sie verständigte weder Polizei noch Feuerwehr! Ja, als erschreckte Anwohner Polizei und Feuerwehr benachrichtigten, erhielt diese sogar noch von der Bayer-Werksfeuerwehr die Auskunft: „Gar kein Problem. Damit werden wir allein fertig."

Unterdessen mußten im Werk schon über 30 Betriebsangehörge verarztet werden. 70 Minuten dauerte es, bis die undichte Stelle an dem Kessel abgedichtet war. Denn der weiße Salzsäurenebel hatte den Betriebsbereich PF9 völlig eingenebelt. Die Werksfeuerwehr in Elberfeld war für eine derartige Katastrophe anscheinend ungenügend ausgerüstet. Denn Experten und Pumpen wurden extra mit Blaulicht aus dem Bayer-Hauptwerk in Leverkusen herangefahren. Erst

Fortsetzung auf Seite 8

Menschenhandel

Einige Wochen erst ist es her, daß in der Sowjetunion einige sogenannte Dissidenten zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt wurden. Und schon laufen zwischen Moskau und Washington, zwischen Bonn, Ostberlin und Tel Aviv die Drähte heiß, wird mit diesen Dissidenten ein Menschenhandel großen Stils betrieben. Auf den wegen Spionage zu 13 Jahren verurteilten Dissidenten Schtscharanski konzentrieren sich die Bemühungen. Er soll ausgetauscht werden, soviel steht fest. Fragt sich nur, gegen wen. Da kam denn erst Guillaume ins Spiel, dann der russische Überläufer Schewtschenko usw. Aber wie immer der Poker auch ausgehen mag: Es hat sich wieder einmal gezeigt, daß es zwischen den beiden Blöcken der Supermächte einen regelrechten Menschenhändler-Ring gibt. Unterhändler für den westlichen Block ist der israelische Multi-Millionär Flatto-Scharon, für den östlichen Block der Ostberliner Anwalt Vogel. Diese sauberen Herren stehen im ständigen Kontakt miteinander und haben im Auftrag von Moskau und Washington schon so manchen Handel abgeschlossen.

Es zeigt sich bei diesem Menschenhandel aber auch, wie verlogen das Menschenrechts-Gekeife ist, wie es von Carter gegen Breschnew und umgekehrt betrieben wird. Denn warum legt sich Carter jetzt so ins Zeug, den Herrn Schtscharanski freizukaufen, wo er doch immer bestritten hat, daß dieser Mann ein — direkter oder indirekter — Agent Washingtons sei? Ginge es ihm tatsächlich um die Menschenrechte, dann könnte er sich ja um die Abertausenden politischen Gefangenen kümmern, die in den von Washington beherrschten Ländern Lateinamerikas eingekerkert sind. Und da brauchte er nicht erst einen Austausch zu organisieren, denn die faschistischen Generäle gehorchen Washington ja aufs Wort. Auf der anderen Seite haben die Kreml-Herren stets alle sogenannten Dissidenten als Spione und Konterrevolutionäre bezeichnet, die verurteilt werden müßten, um der „sozialistischen Gerechtigkeit" Genüge zu tun. Aber wenn Washington dann mit einem Agentenaustausch winkt, mit Dollar-Paketen oder Weizenlieferungen, ist diese „sozialistische Gerechtigkeit" schnell vergessen. So setzen beide Supermächte die sogenannten Dissidenten bei ihrem Machtpoker ein, um jeweils Vorteile für ihre Seite damit herauszuschlagen.

Monopole werden stärker

„Die Großen werden immer größer". Das ist das Fazit eines Berichts, den die Monopolkommission jetzt über die Konzentration in der westdeutschen Wirtschaft vorlegte. Hier einige Zahlen: In 21 von 31 Industriezweigen ist jeweils der Anteil der zehn Größten am Gesamtumsatz der Branche gestiegen, das heißt, die Größten sind auf Kosten der weniger Starken noch größer geworden. Für die 100 größten Unternehmen der Bundesrepublik überhaupt ergibt sich folgendes Bild: Sie haben in den letzten beiden Jahren 436 kleinere Unternehmen mit einem Umsatzvolumen von rund 30 Milliarden Mark geschluckt. Auch die Verflechtung der Monopole untereinander hat sich weiter entwickelt. So ist etwa die VEBA, das umsatzstärkste Unternehmen der Bundesrepublik, durch direkte oder indirekte Beteiligungen mit 42 der „100 Größten" verflochten.

Die Monopolkommission mußte auch eingestehen, daß der Einfluß der Großbanken auf die Wirtschaft immer stärker wird. An vier der zehn größten Aktiengesellschaften haben die Großbanken zum Beispiel Depotstimmrechtsanteile von über 25 Prozent. Bezeichnend ist auch die Tatsache, daß etwa die Deutsche Bank in den Aufsichtsräten von 48 Gesellschaften mindestens einen Vertreter hat.

Dieser Prozeß der Konzentration des Kapitals, der begleitet ist von einer zunehmenden Ruinierung kleiner und mittlerer Betriebe — in diesem Jahr wird es wieder ca 9.000 Pleiten geben — zeigt deutlich die steigende Macht des Monopolkapitals.

Abbau des Asyl-Rechts

Am Freitag trat in der Bundesrepublik und einigen anderen Ländern die „Europäische Anti-Terror-Konvention" in Kraft. 20 europäische Länder haben sich darin verpflichtet, sogenannte „Terroristen" entweder auszuliefern oder im eigenen Land abzuurteilen. Nun gibt es ja zwischen allen diesen Ländern Abkommen, in denen die Auslieferung von geflohenen Verbrechern genau festgelegt ist. Wozu dann noch eine eigene Konvention? Die betroffenen Regierungen haben es selbst gesagt: Es geht um „politische Gewalttäter". Und da ist es so, daß fast alle diese Länder über Gesetze verfügen, nach denen politischen Flüchtlingen Asyl gewährt werden muß und eine Auslieferung an ihr Heimatland erschwert wird. Und genau diese Gesetze sollen durch die neue Konvention praktisch aufgehoben werden.

Gewiß, in den einzelnen Paragraphen ist von „Terroristen" die Rede und von Strafbeständen wie Flugzeugentführungen oder Geiselnahmen. Tatsächlich jedoch ist in der Konvention auch festgelegt, daß sie auf alle diejenigen angewendet werden kann, die sich an bewaffneten Kampfaktionen beteiligt haben. Konkret gesagt: Die spanischen Revolutionäre etwa, die dem verhaßten Franco-Regime mit der Waffe entgegengetreten sind und vorübergehend ins Exil gehen mußten, sie hätten völlig legal den Henkern des Regimes wieder ausgeliefert werden können — hätte es diese Konvention schon damals gegeben.

Streichung der Lohnsummensteuer

Bezahlen sollen die Werktätigen

Der Streit um das in Bonn ausgebrütete „Konjunktur-Paket" geht weiter. Dabei standen in der letzten Woche die Auseinandersetzungen um die Lohnsummensteuer im Mittelpunkt. Wie der „Rote Morgen" in seiner letzten Ausgabe schon berichtete, ist die völlige Streichung dieser Steuer ab 1980 von Bonn beschlossen worden. Eines der vielen Geschenke für die Kapitalisten, die in Schmidts „Konjunktur-Paket" enthalten waren. Eines der Geschenke, für die letzlich wir, die Werktätigen, zahlen müssen.

Worum geht es bei der Lohnsummensteuer? Sie ist praktisch eine Abart der Gewerbesteuer. Ihre Besonderheit besteht in folgendem: Während bei der „normalen" Gewerbesteuer der Gewerbeertrag bzw. das Gewerbekapital besteuert wird, sind es bei der Lohnsummensteuer die Löhne und Gehälter.



Spitzenreiter bei den staatlichen Steuereinnahmen ist die Lohnsteuer. Indirekt müssen die Werktätigen jedoch auch noch einen Teil der anderen Steuern — wie Mehrwert- oder Mineralölsteuern — tragen, die von den Unternehmern auf sie abgewälzt werden.

Seit eh und je fordern die Unternehmer die Abschaffung dieser Steuer, die übrigens nur in einigen Bundesländern von den Gemeinden erhoben wird. Der Grund für diese Forderung: Bei der „normalen" Gewerbesteuer können die Kapitalisten den Steuersatz mit Tricks und Manipulationen dadurch senken, daß sie ihre Gewinne verstecken und mit roten Zahlen abschließen. So schrieb jetzt etwa die „Frankfurter Allgemeine" über die Lage im Ruhrgebiet, daß dort „viele Montan-Unternehmen (Kohle und Stahl — RM) kaum noch Gewerbesteuern nach Ertrag und Kapital zahlen". Bei der Lohnsummensteuer allerdings müssen die Kapitalisten — egal, wie sie ihre Gewinne oder Verluste manipulieren — entsprechend der Zahl der von ihnen Beschäftigten eine bestimmte Summe (rund 1,7 Prozent des jeweiligen Jahreslohns bzw. Gehalts) berappen.

Kein Wunder also, daß die Bosse gerade gegen diese Steuer stets ein lautes Geschrei erhoben haben. In ihrem Jargon klang das dann so: Sie würden bestraft dafür, daß sie überhaupt Arbeitsplätze schaffen. So versuchen die Herren, die Tatsache, daß sie Arbeiter in ihren Betrieben bis aufs Blut ausbeuten, als ein Gnade hinzustellen, für die sie auch noch eine Belohnung erwarten könnten. Nun, Bonn hat ihnen jedenfalls jetzt ein Milliardengeschenk mit der Abschaffung der Lohnsummensteuer gemacht. In konkreten Zahlen: 3,4 Mrd. Mark pro Jahr sind es, die die Unternehmer dadurch weniger zahlen müssen.

Auswirkungen wird das vor allem auf die Städte des Ruhrgebietes haben, die bislang bis zu 24 Prozent ihrer Einnahmen aus der Lohnsummensteuer bestreiten. Städten wie Duisburg, Dortmund oder Essen werden künftig rund 100 Millionen Mark pro Jahr im Haushalt fehlen. Und wie soll dieses Loch gestopft werden? Da hat der Städte-Dezernent Schäfer schon eine Antwort parat: „Vor allem", so erklärte er nach den jüngsten Beschlüssen der Bundesregierung, „müßten die kommunalen Investitionen beschnitten werden." Und das bedeutet nichts anderes als noch mehr Einsparungen bei städtischen Einrichtungen wie Krankenhäusern, Schulen oder Kindergärten, bei dem notwendigen Ausbau des städtischen Verkehrsnetzes usw. usf. Auf der anderen Seite werden die Städte im öffentlichen Dienst noch kräftiger die Rationalisierungsschraube anziehen. Die Stadt Duisburg liefert gerade ein Beispiel dafür, wie so etwas läuft. Um den gewaltigen Schuldenberg, der jetzt schon auf der Stadt lastet, abzutragen, wurden — wie die Ratsherren stolz verkündeten — 55 Millionen Mark an Personalkosten „eingespart".

So sind es also auch hier wieder die Werktätigen, die letzten Endes die Löcher stopfen müssen, die von den Steuergeschenken an die Kapitalisten in die öffentlichen Haushalte gerissen werden. Und das gilt auch für den Fall, daß — wie von einigen Bürgermeistern des Ruhrgebietes gefordert — das Land NRW bzw. der Bund Ausgleichszahlungen für die gestrichene Lohnsummensteuer an die Städte leisten. Denn erstens würden solche Zahlungen sowieso nur einen Teil der fehlenden Millionen decken. Und zweitens, woher würden denn Land und Bund die Ausgleichszahlungen nehmen? Ebenfalls aus den Taschen der werktätigen Steuerzahler!

Kurz berichtet

Gießen

Anfang Juli bildete sich in Gießen eine „Initiative für eine Front gegen Reaktion und Faschismus". Die Initiative gründete sich im Anschluß an Aktionen gegen eine Kundgebung der NPD in Staufenberg bzw. Gießen am 20. Mai. In ihrer ersten Aktion machte die Initiative auf einem Jugendfestival in Laubach auf den Hamburger Antifaschistenprozeß aufmerksam. Es wurden Flugblätter verteilt, Unterschriften und Spenden gesammelt und ein Informationsstand aufgebaut. (Ergebnis: 130 Unterschriften und über 80 DM Spenden).

Die Mitglieder der Initiative konnten dabei feststellen, daß einige über den Hamburger Antifaschistenprozeß bereits Bescheid wußten. Unter ihnen war sogar ein Franzose, der erzählte, daß die Vorfälle bei ihm in Frankreich im Unterricht diskutiert worden seien.

Bremen

Vor einiger Zeit veranstaltete die „Front gegen Reaktion und Faschismus" in Bremen einen Solidaritätstanzabend für die Angeklagten des Hamburger Antifaschistenprozesses. Der Abend hat sein Ziel, die Hamburger Antifaschisten finanziell zu unterstützen, erreicht. Insgesamt konnten den Angeklagten 550 DM übergeben werden.



Dieses Bild sandten uns die Bremer Genossen von einer Protestveranstaltung der „Front gegen Reaktion und Faschismus"

Kiel

Innerhalb kürzester Zeit werden im Kieler Stadtteil Gaarden bereits bei dem dritten Betrieb Massenentlassungen vorgenommen: Der Metallbetrieb Danfoss entläßt jetzt alle Teilzeitbeschäftigten, im nächsten Jahr wird er ganz stillgelegt. Betroffen sind hauptsächlich Frauen. „Rotes Gaarden", die Stadtteilzeitung der KPD/ML, greift dieses Problem in einem Artikel mit der Überschrift „Stadtteil der toten Fabrikhallen" auf und widerlegt die Behauptungen der DGB-Bonzen, daß man diese Massenentlassungen hinnehmen müsse, weil angesichts einer drohenden Betriebsstillegung ein Kampf nicht möglich sei.

München

Die Rote Garde in München organisierte kürzlich eine Veranstaltung. Es wurde der Film „Zeugnis des Terrors" gezeigt, der den faschistischen Terror der argentinischen Generäle und das Elend der Werktätigen dort zeigt. Anschließend wurde in einem Redebeitrag darauf eingegangen, wie das westdeutsche Großkapital und die Bundesregieruntg faschistische Agenturen wie in Argentinien unterstützt.

Es folgte nach einem Bericht über Aktionen der Roten Garde ein Sketch und eine Moritat zu den Diätenerhöhungen des Münchner Stadtrats und der bayrischen Landesregierung. Der Abend, der allen Anwesenden gut gefiel, wurde mit Liedern und Spielen abgeschlossen.

Aus dem Inhalt

Westberlin: Auf den Baustellen ruht die Arbeit 4
DGB kontra „DGB-Pro" 4
Bayer-Leverkusen: 60 Gewerkschaftsmitglieder ausgeschlossen 5
Arbeitslosigkeit unter Schwerbeschädigten 5
Klöckner-Bremen: Skandalöse Betriebsvereinbarung ... 5
Schmidt, Scheel, Strauß: Wehrmachtsoffiziere machen Karriere 6
Auf Schritt und Tritt: Das Spitzelnetz des BKA 6
Chile: Läßt Washington Pinochet fallen? 7
Libanon: Bombenangriff der israelischen Luftwaffe 7

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag ROTER MORGEN GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Postscheckkonto Nr. 79600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr.: 321 000 290 (Verlag Roter Morgen). Telefon: 0231/433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Renate Schneider, Dortmund, Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr wird mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Offen gesagt ...

Mordkomplott Albrecht

So ganz nebenbei ließ vor kurzem der niedersächsische Ministerpräsident Albrecht die erstaunte Öffentlichkeit wissen, er sei im Bilde über ein geplantes Mordkomplott. Täter, Opfer, Umstände der Tatausübung — Herr Albrecht ist über alles bestens im Bilde. Die Einzelheiten jedoch behielt er für sich. Jedenfalls konnte keine Polizeidienststelle davon berichten, daß bei ihr eine Anzeige wegen dieses Mordkomplotts eingegangen wäre. Und vielleicht wissen noch nicht einmal die Opfer etwas von ihrem „Glück".

Aber das soll ja vorkommen — in Gangster- und Mafiakreisen etwa — daß da einer von einem Mordanschlag weiß und, aus welchen Gründen auch immer, den Mund hält. Es ist allerdings die Regel, daß so einer, wenn er sein Wissen nicht an die Polizei weitergibt, mit einer gesalzenen Gefängnisstrafe zu rechnen hat. Nicht so Herr Albrecht. Obwohl er sein Spiel mit dem Mordkomplott über eine Woche trieb, bevor er in den Urlaub abreiste, obwohl alle zuständigen Behörden immer wieder erklärten, sie hätten nach wie vor keine Anzeige von Albrecht bekommen, dachte niemand daran, den Herrn Ministerpräsidenten zu belangen.

Aber ist das ein Wunder? Ging es doch bei diesem mysteriösen Komplott wieder einmal um die sogenannte Terroristen-Szene. Konkret: Albrecht beschuldigt bestimmte inhaftierte „Terroristen" (deren Namen er verschweigt), die kurz vor der Haftentlassung stehen, die Ermordung gewisser Personen (über deren Identität er sich ebenfalls ausschweigt) zu planen. Unter diesen Umständen liegt es auf der Hand, daß von dem Mordkomplott Albrechts nicht einmal die Täter etwas wissen. Und wozu das ganze Theater? Warum sind jetzt Beamte der Bundesanwaltschaft, statt dem Herrn Albrecht auf die Finger zu klopfen, eilfertig nach Hannover gereist, um „Akteneinsicht zu nehmen"?

Hier geht es darum, mit massiven Unterstellungen und Horror-Geschichten Stimmung dagegen zu machen, daß sogenannte Terroristen nach Abbüßung ihrer Strafe überhaupt wieder aus dem Gefängnis entlassen werden. Das Ganze ist nichts anderes als eine unverschämte und schmutzige Propaganda-Aktion für die Sicherungsverwahrung, wie sie von den Albrecht und Co. schon seit langem gefordert wird, mit der sie die Möglichkeit schaffen wollen, jeden, den sie einen „politischen Gewalttäter" nennen, für unbestimmte Zeit oder gar lebenslänglich ins Gefängnis bringen zu können.

Mao Tsetung ist kein Klassiker des Marxismus-Leninismus

Seit der Gründung unserer Partei haben wir Mao Tsetung als Klassiker des Marxismus-Leninismus betrachtet. Seit dem August 1968, also noch vor der Gründung der Partei, wurde das Emblem mit den Köpfen von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tsetung in den Titel des „Roten Morgen" aufgenommen. Dies geschah unter dem Einfluß der Kulturrevolution in China und dokumentierte unsere Feindschaft zum modernen Revisionismus. Damals wie auch später erkannte unsere Partei jedoch nicht die schwerwiegenden Fehler und Abweichungen, die in den Lehren Mao Tsetungs enthalten sind.

Seit einiger Zeit wurde in allen Grundeinheiten der Partei unter Anleitung des ZK die Frage diskutiert, die nicht nur von theoretischer, sondern auch von großer praktischer Bedeutung für unseren Kampf ist: Ob Mao Tsetung ein Klassiker des Marxismus-Leninismus ist oder nicht. Diese Diskussion war sehr fruchtbar. In ihrem Verlauf hat sich gezeigt, daß die Partei nahezu einhellig heute der Meinung ist, daß Mao Tsetung nicht zu den Klassikern gezählt werden kann. Das Zentralkomitee hat sich auf dem V. Plenum noch einmal ausführlich, unter Berücksichtigung der in der gesamten Partei geführten Diskussion, mit dieser Frage befaßt.

Es ist nach gründlicher Diskussion zu dem Ergebnis gekommen, daß Mao Tsetung kein Klassiker des Marxismus-Leninismus ist und hat den Beschluß gefaßt, Genossen Mao Tsetung nicht mehr als Klassiker des Marxismus-Leninismus zu propagieren. Dieser Beschluß wird im Zentralorgan „Roter Morgen" veröffentlicht und ausführlich im Theoretischen Organ „Der Weg der Partei" erläutert.

In der marxistisch-leninistischen Weltbewegung ist es unumstritten, daß Marx, Engels, Lenin, Stalin Klassiker sind. Marx und Engels begründeten den wissenschaftlichen Sozialismus. Lenin entwickelte ihn schöpferisch weiter und hob ihn auf eine neue Stufe. Der Leninismus ist der Marxismus der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution. Diese Epoche existiert noch immer, und deshalb behält der Leninismus nach wie vor seine volle Gültigkeit. Stalin kämpfte an der Seite Lenins und später an der Spitze der KPdSU(B) und der kommunistischen Weltbewegung ununterbrochen für den Sieg der Weltrevolution. In diesem Kampf hat er sich unsterbliche Verdienste erworben und den Marxismus-Leninismus in vielen Fragen weiterentwickelt.

Marx, Engels, Lenin und Stalin haben sich in der Theorie und Praxis in keiner grundlegenden Frage geirrt. Ihre theoretischen Werke können von den Marxisten-Leninisten ohne Vorbehalte zur Grundlage ihrer Arbeit genommen werden.

Für das Werk Mao Tsetungs trifft das nicht zu.

Er hat den Marxismus-Leninismus weder weiterentwickelt, noch auf eine neue Stufe gehoben. Das, was häufig als sein größter Beitrag zur Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus angesehen wird, seine Vorstellungen über die Diktatur des Proletariats, sind in Wirklichkeit eine Abweichung vom Marxismus-Leninismus.

So vertrat Mao Tsetung die Auffassung, daß der Sozialismus aufgebaut werden kann, ohne die Bourgeoisie als Klasse zu vernichten. Gegenüber der Bourgeoisie verfolgte er die Politik der „Koexistenz auf lange Sicht" und vertraute darauf, daß die Bourgeoisie den Aufbau des Sozialismus unterstützen würde. Mao Tsetung vertrat mit seiner Theorie vom „Kampf zweier Linien" die Auffassung, daß innerhalb der kommunistischen Partei gesetzmäßig zwei Linien, die proletarische und die bürgerliche Linie, existieren, und trat in vielen Fällen für den Verbleib von entarteten, bürgerlichen Elementen in der kommunistischen Partei ein. Damit trägt er eine große Mitverantwortung dafür, daß sich die revisionistischen und bürgerlichen Elemente in der KP Chinas entfalten konnten.

Die von Mao Tsetung angeleitete sogenannte „Große Proletarische Kulturrevolution" versetzte zwar den ultrarechten Kräften in der Kommunistischen Partei Chinas und im Staatsapparat vorübergehend Schläge, konnte aber das Steuer auf die Dauer nicht herumreißen. Da die falschen Auffassungen von der Existenz der Bourgeoisie im Sozialismus, von der Existenz zweier Linien innerhalb der kommunistischen Partei und andere Abweichungen vom Marxismus-Leninismus nicht aufgegeben wurden, waren revisionistischen Elementen weiter Tür und Tor geöffnet, um ihren Kampf gegen den Sozialismus, für die entwicklung des Kapitalismus fortzusetzen.

Die KP Chinas hat sich unter der Führung von Mao Tsetung im Kampf gegen den sowjetischen Revisionismus zweifellos Verdienste erworben. Es trifft aber nicht zu, daß die KP Chinas international die führende Stelle in diesem Kampf eingenommen hat und daß dieser Kampf zuerst von Mao Tsetung aufgenommen wurde. Tatsächlich hat die KP Chinas unter der Führung von Mao Tsetung in vielen Fragen des Kampfes gegen den modernen Revisionismus eine



Lenin und Stalin standen an der Spitze der KPdSU(B), die das sowjetische Proletariat im Kampf zur Verteidigung der proletarischen Diktatur führte.

schwankende Stellung eingenommen. Das gilt für den Kampf gegen den Tito-Revisionismus, gegen den sowjetischen Revisionismus, insbesondere unmittelbar nach dem XX. Parteitag und nach dem Sturz Chruschtschows. Die KP Chinas und Mao haben die schwankende Haltung zum modernen Revisionismus niemals grundlegend aufgegeben, geschweige denn Selbstkritik geübt.

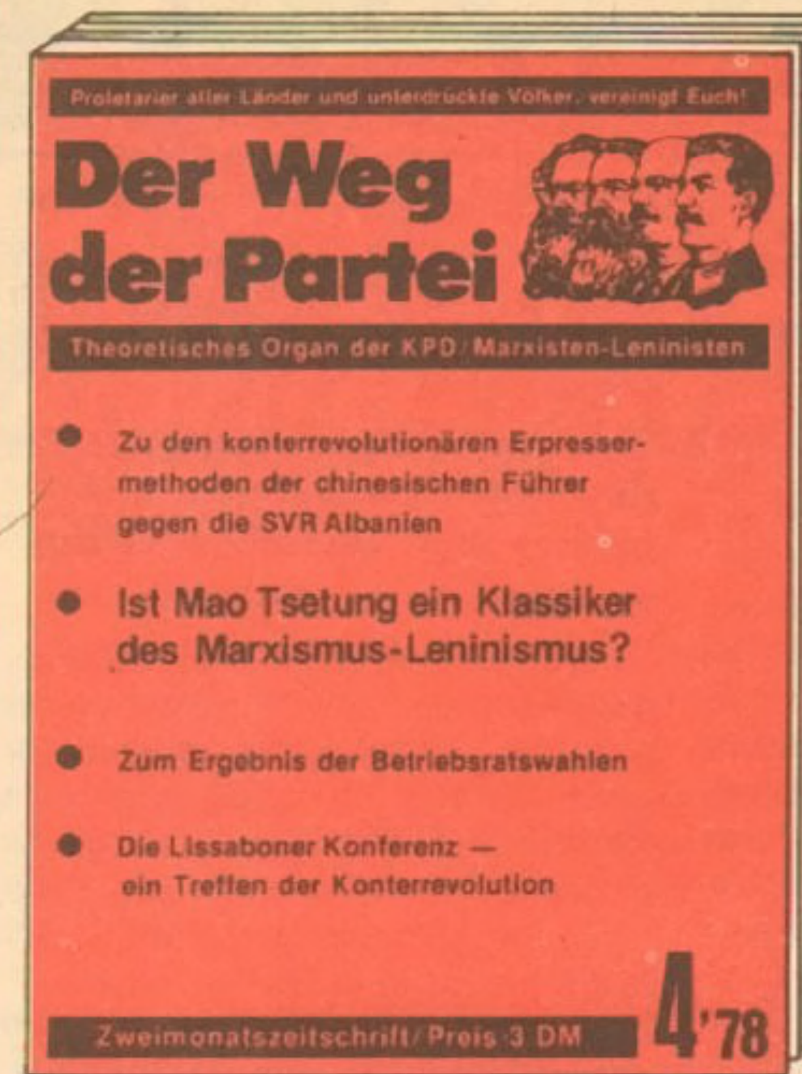
Mao Tsetung trägt eine Mitverantwortung für die „Theorie der drei Welten". Diese konterrevolutionäre, revisionistische Theorie steht im völligen Gegensatz zu den Lehren und Prinzipien des Marxismus-Leninismus. Sie ist gegen den Kampf des Proletariats in den kapitalistischen Ländern für die sozialistische Revolution gerichtet. Sie sabotiert den Befreiungskampf der unterdrückten Völker gegen den Imperialismus und die innere Reaktion. In den sozialistischen Ländern schwächt und unterhöhlt sie den Kampf, den die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten unter der Führung der Kommunistischen Partei zur Verteidigung und Festigung der Diktatur des Proletariats führen. Die „Theorie der drei Welten" ist entwickelt und durchgesetzt worden, als Mao Tsetung noch lebte und Vorsitzender der KP Chinas war. Dies wäre nicht möglich gewesen, wenn Mao Tsetung einen entschiedenen Kampf gegen diese konterrevolutionäre, revisionistische Theorie geführt hätte. Dies war aber offenkundig nicht der Fall. Entweder hat er diese revisionistische Theorie mitentwickelt oder übernommen. Die von ihr geleitete Politik hat er zum großen Teil mitgetragen und unterstützt.

Die schwerwiegenden Abweichungen von Mao Tsetung machen klar, daß er kein Klassiker des Marxismus-Leninismus ist.

Diese Feststellung ist noch keine umfassende Einschätzung des Werkes von Mao Tsetung. Wir können heute noch keine Schlußfolgerungen über die Gesamtheit seiner Verdienste, seiner Fehler und Abweichungen ziehen.

Es steht aber fest, daß Mao Tsetung an der Spitze der KP Chinas große Verdienste beim Sieg der antiimperialistisch-demokratischen Revolution, bei der Befreiung des chinesischen Volkes vom Joch des Imperialismus und des Feudalismus erworben hat. Genauso ist klar, daß man Mao Tsetung nicht auf eine Stufe mit den ultrarechten Konterrevolutionären Hua und Deng stellen darf, die jetzt die Führung der KP Chinas vollständig an sich gerissen haben und international eine gefährliche Abteilung des modernen Revisionismus und der Konterrevolution darstellen.

Eine Gesamteinschätzung des Werkes von Mao Tsetung muß vor allem danach beurteilt werden, welche Erfolge im Hinblick auf den Aufbau des Sozialismus in der VR China unter seiner Führung tatsächlich erzielt bzw. nicht erzielt wurden und in welchem Zusammenhang die heutige revisionistische Entwicklung der KP Chinas und der VR China mit dem Werk Mao Tsetungs steht.



66 Seiten, Preis 3 DM. Erhältlich in den Buchläden „Roter Morgen" sowie in allen Parteibüros und Literaturständen der KPD/ML. Bestellungen an Verlag Roter Morgen, 46 Dortmund 30, Postfach 300526

Theoretisches Organ Nr. 4/78 erschienen

Über die Abweichungen Mao Tsetungs vom Marxismus-Leninismus

In der marxistisch-leninistischen Weltbewegung ist es unumstritten, daß Marx, Engels, Lenin und Stalin Klassiker des Marxismus-Leninismus sind. Sie haben sich in Theorie und Praxis in keiner grundlegenden Frage geirrt. Dort, wo sie Fehler machten oder Fehleinschätzungen trafen, haben sie diese selbstkritisch korrigiert.

Kann man das gleiche von Mao Tsetung behaupten? Hat er tatsächlich den Marxismus-Leninismus weiterentwickelt bzw. auf eine neue Stufe gehoben? Oder hat er auch nur seine Fehleinschätzungen, die bei ihm grundlegende Fragen betrafen, selbstkritisch korrigiert?

Darauf wird im Theoretischen Organ der KPD/ML, „Der Weg der Partei" Nr. 4/78, unter dem Titel „Ist Mao Tsetung ein Klassiker des Marxismus-Leninismus?" ausführlich eingegangen. Dieser Artikel faßt die Diskussion, die unter Anleitung des Zentralkomitees seit geraumer Zeit geführt worden ist, zusammen und begründet, warum Mao Tsetung nicht als Klassiker des Marxismus-Leninismus bezeichnet werden kann. Um die Verdienste wie Fehler und Abweichungen Mao Tsetungs in jeder Hinsicht umfassend einzuschätzen und für sein Gesamtwerk richtige Schlußfolgerungen ziehen zu können, werden noch verschiedene Untersuchungen und Diskussionen über verschiedene wichtige Fragen notwendig sein. Der vorliegende Artikel des Theoretischen Organs, in dem es vor allem um die Frage geht, warum Mao Tsetung nicht als Klassiker des Marxismus-Leninismus eingeschätzt werden kann, konzentriert sich auf drei sehr wichtige Fragen, in denen Mao Tsetung in Theorie und Praxis in schwerwiegender Weise vom Marxismus-Leninismus abgewichen ist. Diese Fragen sind:

1. Mao Tsetungs Theorie über die Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats. Ist diese Theorie eine Weiterentwicklung oder ein Revision des Marxismus-Leninismus in grundlegenden Fragen? In diesem Zusammenhang wird eingegangen auf Maos Theorie, in China würde die (nationale) Bourgeoisie friedlich in den Sozialismus hineinwachsen. Ebenso wird die Theorie Maos untersucht, derzufolge es stets zwei Linien — die proletarische und die bürgerliche — geben würde. Es wird gezeigt, zu welchen schwerwiegenden Folgen diese Theorien Maos in China geführt haben. Weiterhin wird auf die Frage eingegangen, ob die Kulturrevolution in China das Steuer herumzureißen vermochte.

2. Die Haltung Mao Tsetungs und der KP Chinas im Kampf gegen den modernen Revisionismus. In China wurde stets behauptet, die KP Chinas habe als erste den Kampf gegen den Chruschtschow-Revisionismus eröffnet und diesen auch am entschiedensten geführt. Doch sind das die Tatsachen? Ist bekannt, daß die KP Chinas und mit ihr Mao Tsetung der XX. Parteitag in der Sowjetunion, die mit ihm verbundene Verdammung Stalins und die Einleitung der Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion anfangs begrüßte? Daß die KP Chinas unter Führung Mao Tsetungs zustimmte, die von der marxistisch-leninistischen Weltbewegung gebrandmarkte revisionistische Tito-Clique zu rehabilitieren? Daß nach dem Sturz Chruschtschows die KP Chinas unter Führung Mao Tsetungs der Ansicht war, in der Sowjetunion sei der Revisionismus gestürzt und Breschnew würde den Weg der Revolution einschlagen? Darauf wird in diesem Kapitel eingegangen. Zudem werden verschiedene Kritiken, die Mao Tsetung am marxistisch-leninistischen Kurs Stalins äußerte, aufgegriffen und untersucht.

3. Die Mitverantwortung Mao Tsetungs für die „Theorie der drei Welten". Früher hat unsere Partei die Auffassung vertreten, die konterrevolutionäre „Drei-Welten-Theorie" stünde in vollständigem Gegensatz zu Mao Tsetungs Auffassungen. Warum war das falsch? In diesem Kapitel wird anhand von früheren Schriften und Stellungnahmen der KP Chinas und Mao Tsetungs gezeigt, daß Mao diese Theorie, wenn nicht geschaffen, so zumindest unterstützt und die aus ihr folgende konterrevolutionäre Politik des Zusammengehens mit dem Imperialismus getragen hat.

Dies sind die drei Hauptpunkte, an denen gezeigt wird, daß die Abweichungen Mao Tsetungs vom Marxismus-Leninismus schwerwiegend sind und daß Mao Tsetung keineswegs zu den Klassikern des Marxismus-Leninismus gezählt werden darf.

In einem Vorwort des Artikels wird darüber hinaus bereits kurz dargelegt, welche Auswirkungen die Übernahme verschiedener antibolschewistischer Theorien Mao Tsetungs, wie zum Beispiel die Theorie vom „Kampf zweier Linien in der Partei", auf die Linie und Politik unserer Partei gehabt hat.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Metzeler: „Aus" für LKW-Reifenbau

Die Metzeler Kautschuk AG, München, hat die Produktion von LKW-Reifen im Werk München eingestellt. Begründung der Bosse: die „Kostensituation" bei diesen Reifentypen sei ungünstig. Im Klartext: Der Profit, den die Metzeler-Kapitalisten mit dieser Produktion machen, ist ihnen nicht hoch genug. Hunderte von Kollegen müssen diese Kalkulation der Bosse mit ihrem Arbeitsplatz bezahlen. „Leider müssen wir uns von 400 Mitarbeitern trennen" heißt das in der Ausdruckweise der Metzeler-Kapitalisten. Der Betriebsrat — in seiner Mehrheit treuer Handlanger der Unternehmer — zeigte sich „einsichtig". Er unternahm nichts gegen die Arbeitsplatzvernichtung. Wie es heißt, soll ein Sozialplan vereinbart worden sein.

AEG: Massive Arbeitsplatzvernichtung

Allein seit Beginn dieses Jahres hat AEG-Telefunken 1.200 Arbeitsplätze vernichtet. Um diese Zahl wurde die inländische Konzernbelegschaft „abgebaut", wie es im Unternehmerjargon heißt. Und seit Mitte letzten Jahres haben die AEG-Bosse 2.800 Arbeiter und Angestellte um ihren Arbeitsplatz gebracht! Interessant ist, daß im gleichen Zeitraum die Auslandsbelegschaft des Konzerns um 900 gestiegen ist. Rationalisierung, Entlassungen und Verlagerung der Produktion ins Ausland ermöglichen steigenden Profit.

„Vereinigte Bekleidungswerke" (Stuttgart) betreiben „Lohnveredelung"

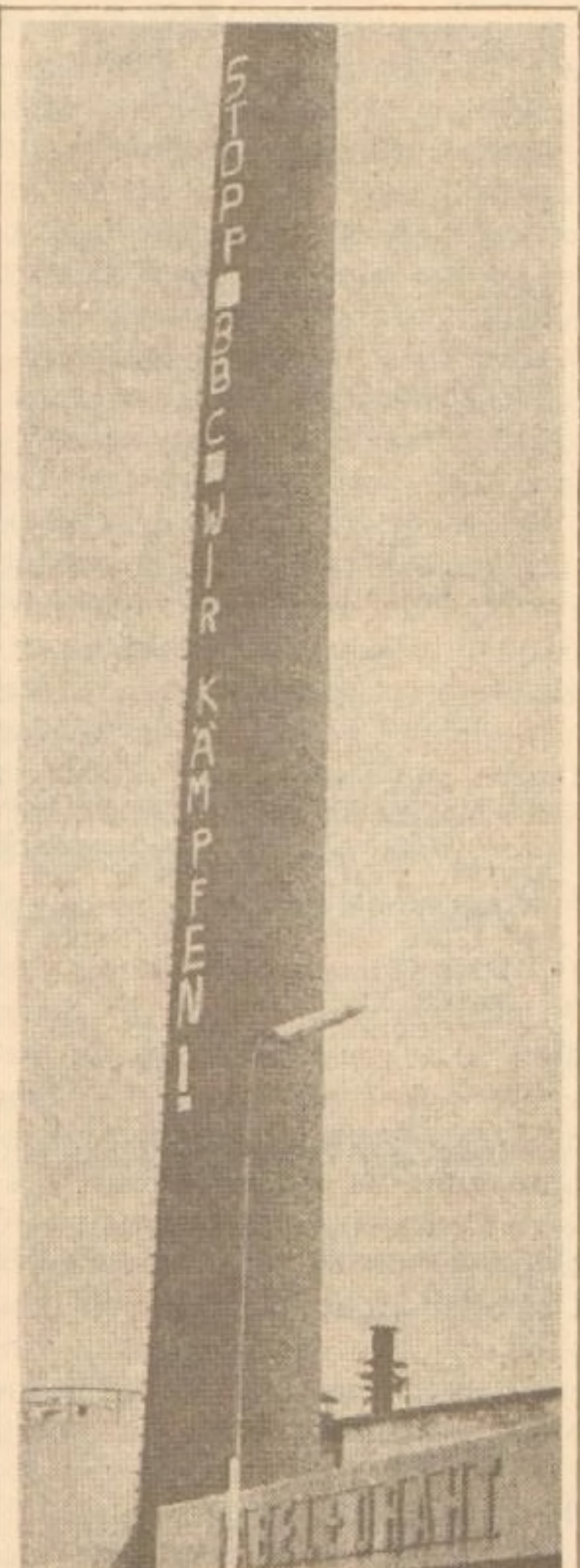
Das „Handelsblatt" berichtet lobend über die großen Erfolge, die die Firma „Vereinigte Bekleidungswerke R + A Becker" bei der „Lohnveredelung" erzielt hat. Unter Lohnveredelung versteht man in diesen Kreisen die Verlagerung der Produktion ins Ausland, und zwar in Länder, wo die Arbeiter sich zu Hungerlöhnen verkaufen müssen. So hat diese Firma zum Beispiel ein Werk in Tunesien errichtet, wo es nicht einmal ein so eingeschränktes Streikrecht gibt wie hierzulande. Hatten die „Vereinigten Bekleidungswerke" vor Jahren im Inland noch 8.000 Leute beschäftigt, so waren es Ende '77 nur noch 3.571. Wie das „Handelsblatt" berichtet, setzt die Firma diese „Straffung" der Belegschaft auch in diesem Jahr fort. Laut „Handelsblatt" konnten sich die Kapitalisten dieses Unternehmens 1977 über einen überdurchschnittlichen Gewinn freuen.

Stahlwerke Röchling: „Drastische Sparmaßnahmen"

Jürgen Krakow, der Boss des saarländischen Stahlunternehmens Röchling-Burbach, machte kürzlich auf einer Pressekonferenz einige Angaben über die Erfolge seiner Firma bei der Sanierung der Profite. Man habe „drastische Sparmaßnahmen" ergriffen, um der anhaltenden Krise zu begegnen. Krakow gab bekannt, daß Röchling-Burbach allein im letzten Jahr 3.032 Arbeitsplätze wegrationalisiert hat. Das bedeutet: Rund ein Sechstel der gesamten Belegschaft wurde „abgebaut". Aber das genügte noch nicht zur Sicherung der Gewinne. Seit Anfang dieses Jahres wurden schon wieder tausend Kollegen entlassen. Krakow vermeldete auch, daß die „Sparmaßnahmen" weiterlaufen. Ein neues Maßnahmen-Paket sei bereits beschlossen, das „auf der Kostenseite eine zusätzliche Entlastung von rund 2 Millionen Mark monatlich bringen soll". Angesichts dieser „ehrlichen Bemühungen" kann natürlich die Regierung nicht untätig abseits stehen. Die erfolgreichen Entlassungsfeldzüge der Saar-Stahlbarone belohnen Bonn und Saarbrücken mit neuen Steuermillionen. Wobei die Herren Minister ausdrücklich mahnen: Die Subventionen seien mit der Verpflichtung verbunden, die „Gesundung der saarländischen Stahlindustrie weiter fortzuführen".

Revolutionärer Betriebsrat bei Leffers muß weiterbeschäftigt werden

Auf „kaltem Wege" wollte die Geschäftsleitung des Wilhelmshavener Kaufhauses Leffers den im Frühjahr gewählten revolutionären Betriebsrat Ralf-Peter H. entlassen. Der 22-jährige stand zum Zeitpunkt der Wahl noch im Ausbildungsverhältnis. Im Widerspruch zu den geltenden gesetzlichen Bestimmungen verweigerten die Leffers-Bosse dem oppositionellen Betriebsratsmitglied, das vor kurzem seine Ausbildung als Einzelhandelskaufmann abschloß, die Übernahme in das Arbeitsverhältnis. Er durfte das Kaufhaus nicht mehr betreten. Aber die Solidarität unter den Kollegen mit ihrem oppositionellen Betriebsrat war trotz angedrohter Schikanen seitens der Firmenleitung stark. Innerhalb von zwei Tagen konnten 18 Unterschriften für die Weiterbeschäftigung von Ralf-Peter H. gesammelt werden. In einer Abteilung unterzeichneten alle Kollegen mit Ausnahme des Abteilungsleiters. Die Firmenleitung versuchte, die Entlassung gerichtlich zu sanktionieren. Sie beantragte beim Arbeitsgericht eine einstweilige Verfügung auf Entbindung von der Weiterbeschäftigungspflicht gegenüber dem Betriebsratsmitglied. Aber obwohl die reaktionäre Betriebsratsmehrheit sich hinter die Firmenleitung stellte, wagte das Arbeitsgericht nicht, dem Antrag von Leffers stattzugeben. Leffers jedoch weigerte sich dennoch, Ralf-Peter H. weiterzubeschäftigen. Jetzt beantragte der revolutionäre Betriebsrat seinerseits eine einstweilige Verfügung gegen Leffers: auf sofortige Weiterbeschäftigung. Diesem Antrag mußte das Gericht stattgeben. Wie zu erfahren war, freuen sich die Kollegen sehr über diesen Erfolg.



Die Bosse des BBC-Konzerns wollen das Kabel- und Drahtwerk Gustavsburg stillegen und damit den 370 Beschäftigten den Arbeitsplatz rauben. In der vorletzten Ausgabe des „Roten Morgen" wurde darüber berichtet. Im Juli führten die Kollegen einen Streik und eine Protestdemonstration durch. Daß der Kampf weitergeht, bezeugt diese weithin sichtbare Parole, die kürzlich über Nacht an dem 50 Meter hohen Schornstein des Werkes angebracht wurde: „Stopp BBC — Wir kämpfen."

Bauarbeiter in Westberlin streiken

Auf den meisten Baustellen ruht die Arbeit!

Die Bauarbeiter in Westberlin stehen seit Mittwoch letzter Woche im Streik! Fast hundertprozentig folgten die gewerkschaftlich organisierten Kollegen dem Streikaufruf. Aber auch die unorganisierten Kollegen reihen sich zunehmend in die Streikfront ein. Das ist der erste Massenstreik in der Westberliner Bauindustrie seit 22 Jahren! Die Bauunternehmer weigern sich, für Westberlin die Regelung der Fahr- und Wegegeldvergütungen anzuerkennen, wie sie im neuen Bundesrahmentarifvertrag festgelegt ist. Der Streik ist darauf genau die richtige Antwort. Das ist die einzige Sprache, die die Kapitalisten verstehen!



Streikposten vor der Großbaustelle Schlangenbader Straße in Wilmersdorf, wo 600 Kollegen die Arbeit niedergelegt haben

Aufgrund der besonderen Bedingungen in der Bauindustrie (Zersplitterung der Arbeiter durch viele kleine Baustellen und Kleinbetriebe) ist es hier schwieriger als in anderen Bereichen, eine geschlossene und machtvolle Streikfront herzustellen. Aber durch die gute Kampfbereitschaft der Kollegen steht die Streikfront fest. Trotz Repressalien und brutalen Einschüchterungsversuchen vieler Bau-Bosse (ein Arbeiter soll bereits fristlos entlassen worden sein) streiken nicht nur praktisch alle organisierten Kollegen, sondern auch eine wachsende Zahl Unorganisierter. Am ersten Streiktag beteiligten sich 9.000 Bauarbeiter am Streik. Am Freitag war die Zahl der Streikenden bereits auf 10.000 angewachsen. Auf den meisten Westberliner Baustellen ruht die Arbeit. Nicht nur auf den Großbaustellen wie zum Beispiel dem Kongreßzentrum, sondern auch auf vielen kleinen und kleinsten Baustellen. Auch die westdeutschen Montagearbeiter, sofern sie im Bauhauptgewerbe beschäftigt sind, haben sich dem Streik angeschlossen. Die Stimmung unter den Kollegen ist sehr gut. Ein Kollege erklärte zum Beispiel gegenüber einem Korrespondenten des „Roten Morgen", er wolle auf Biegen und Brechen durchhalten; daß er in diesen Tagen einen Kredit aufnehmen muß, weil das Streikgeld nicht ausreicht, kann ihn dabei nicht beirren.

In der bürgerlichen Presse wird, wie nicht anders zu erwarten, übel gegen den Streik gehetzt, werden Lügen über die angeblich hohen Löhne der Bauarbeiter verbreitet, versucht man, den anderen Werktätigen Westberlins einzureden, der Streik sei zum Schaden aller usw. Der Kampfgeist der Streikenden wird dadurch nicht erschüttert. Auch nicht durch die Tatsache, daß der Bauunternehmer-Verband mit dem schmutzigen Mittel der Aussperrung gedroht hat.

Eines allerdings darf nicht vergessen werden: Nicht nur die Kapitalisten sind der Gegner in diesem Kampf. Auch die IG-Bau-Führung, auch der Gewerkschaftsapparat, der sich jetzt als konsequenter Vertreter der Arbeiterinteressen aufspielt, steht den kämpfenden Kollegen feindlich gegenüber. Sicher: Er sah sich genötigt, der Kampfbereitschaft der Kollegen Rechnung zu tragen und dem Streik grünes Licht zu geben.

Aber warum hat der Gewerkschaftsapparat nicht auch für die Durchsetzung einer höheren Lohnforderung den Streik organisiert? Warum hat er die Forderungen auf diesen einen Punkt des Rahmenvertrages begrenzt und zum Beispiel nicht Forderungen zu der wichtigeren Frage einer besseren Regelung des Schlechtwettergeldes aufgestellt? Warum wurde bei der Bautarifrunde im Bundesgebiet die Kampfbereitschaft der Kollegen nicht ausgeschöpft und stattdessen ein richtiger Streik verhindert? Warum sind die Forderungen jetzt in Westberlin zum Fahr- und Wegegeld erheblich niedriger als das, was im Bundesgebiet in dieser Hinsicht von den Bau-Kapitalisten bereits gezahlt werden muß?

In Berlin fordert der Gewerkschaftsapparat 2,20 DM Fahrgeld für Anfahrten zum Arbeitsplatz ab 6 km und 2 DM Wegezeitvergütung ab sofort, 3 DM ab Mai nächsten Jahres. Die Gewerkschaftsbonzen selbst gestanden aber ein, daß in der Bundesrepublik zwischen 5 und 10 DM Fahrgelderstattung und 5 DM Wegezeitvergütung bezahlt werden. Auf jeden Fall müssen die Kollegen wachsam sein, damit sie nicht von den Bonzen durch einen faulen Kompromiß und eine plötzliche Abwürgung des Streiks überrumpelt werden können.

Normalerweise muß man, um Streikgeld beziehen zu können, in den DGB-Gewerkschaften drei bis sechs Monate Mitglied gewesen sein. Die IG-Bau-Bonzen nutzen den jetzigen Streik aus, um schnell neue Mitglieder zu bekommen. Nicht um die Kampfkraft der Bauarbeiter zu stärken, sondern um mehr Mitgliederbeiträge in die Kassen fließen zu lassen. Sie wollen sie dann für andere und dunkle Zwecke nutzen. Dementsprechend unlauter ist ihre Methode der Mitgliedergewinnung. Die sieht nämlich so aus: Jeder Kollege, der jetzt der IG Bau beitritt, erhält sofort Streikgeld. Aber: Er muß sich verpflichten, mindestens zwei Jahre Mitglied zu bleiben!

Die Tatsachen zeigen, daß die Bonzen für die Streikkasse kaum Geld übrig haben. Am liebsten würden sie sowieso jeden Streik vermeiden. Das widerliche an dieser Vorgehensweise ist: Die Bonzen spekulieren darauf, daß die unorganisierten Kollegen einerseits nicht dem Streik in den Rükken fallen wollen, andererseits aber ohne Streikgeld schwer in der Klemme stecken. So haben die Bonzen erreicht, daß jetzt in Westberlin innerhalb von ein bis zwei Wochen 2.000 Bauarbeiter in die Gewerkschaft eingetreten sind. Die Bonzen interessiert dabei einzig und allein der Profit.

DGB kontra „DGB-Pro"

DGB kontra DGB? Der DBG-Apparat fungiert bekanntlich nicht nur als „Vertretung der Arbeitnehmer", sondern gleichzeitig auch als „Arbeitgeber" großen Stils (gewerkschaftseigener Konzern). Diese Doppelrolle birgt natürlich die Gefahr gewisser peinlicher Verwicklungen für die Bonzen. So ist nun aus Anlaß der Tarifverhandlungen bei der gewerkschaftseigenen Lebensmittelkette „Pro-Verbraucher AG" der DGB als Kapitalist in einen Konflikt geschlittert: gegen den DGB als Gewerkschaft (nebst DAG).

Nach der 5. Gesprächsrunde sind die Verhandlungen gescheitert, und es bahnt sich, wie verlautbart wurde, ein Arbeitskampf an. Zunächst soll jedoch noch ein Schlichter bemüht werden, selbstverständlich ein „neutraler".

Die Forderung, die gemeinsam von den Einzelgewerkschaften des DGB Nahrung, Genuß und Gaststätten (NGG) und Handel, Banken und Versicherungen (HBV) sowie von der Deutschen Angestelltengewerkschaft (DAG) für die rund 5.000 Beschäftigten des DGB-Unternehmens aufgestellt wurde, lautet: Lohn- und Gehaltserhöhungen von 7 Prozent, mindestens aber 90 Mark mehr im Monat. Eine Forderung, die sicherlich alles andere als „überzogen" genannt werden kann. Das bewegt sich vielmehr so ziemlich auf der untersten Grenze dessen, was von den Gewerkschaften in der diesjährigen Lohnrunde überhaupt in der verschiedenen Branchen gefordert wurde.

Warum also diese Zuspitzung? War es den „beiden Tarifparteien" nicht möglich, einen „für beide Seiten tragbaren" Lohnraubabschluß von, sagen wir, ca. 5 Prozent auszuklamüsern? Gibt es vielleicht gar unter den DGB-Pro-Belegschaften bereits eine starke RGO-Organisation, so daß die Kollegen besonders gut gerüstet sind, um den Bossen und Bonzen contra zu bieten? Letzteres ist leider noch nicht der Fall. Und womöglich wäre inzwischen ein Lohnraubabschluß bei der Pro-Verbraucher AG nach dem Muster der Abschlüsse in den anderen Bereichen des Einzelhandels schon perfekt, wenn, ja wenn nicht der DGB eine besondere Provokation gestartet hätte. Wir sprechen hierbei vom DGB als Unternehmer...

Und zwar besteht die Geschäftsleitung darauf, daß die Ladenleiter und Ladenmeister nicht wie die einfachen Beschäftigten eine gewöhnliche Lohnerhöhung erhalten, sondern einem bestimmten Prämiensystem unterworfen werden. Und dieses System läuft darauf hinaus, daß diese Vorgesetzten ihr Gehalt nur durch Kosteneinsparungen erhöhen können. Mit anderen Worten: durch Belegschaftsabbau, verschärfte Arbeitshetze usw., also mit Rationalisierungsterror. Ehrlich: Mangelnde Unternehmermentalität kann man dem DGB nun nicht gerade vorwerfen!

Der Haken bei der Sache liegt allerdings darin: Die Belegschaften zeigen absolut kein Verständnis für diese Eigenschaft „ihrer" Gewerkschaftsbonzen. Sie wollen sich vielmehr diese unverschämte kapitalistische Provokation partout nicht gefallen lassen. Der DGB als „Arbeitnehmervertretung" seinerseits konnte es sich (aus Opportunitätsgründen) nicht erlauben, gegenüber sich selbst als „Arbeitgeber" nachzugeben. Könnten doch die empörten Kollegen möglicherweise dann einen „wilden" Streik vom Zaun brechen (um Himmels willen!). Tja — eine schwierige Lage für die Bonzen. Denn auch ein gewerkschaftlich organisierter Streik DGB gegen DGB hätte ja immerhin etwas Befremdliches an sich. Aber zunächst kann ja noch Rettung erhofft werden — vom neutralen Schlichter. Ob dieser wohl auch ein DGB-Mann sein wird?

Bayer-Leverkusen

IG-Chemie-Bonzen feuern 60 Mitglieder

Vor kurzem wurden auf einen Schlag 60 Mitglieder der IG Chemie, Papier, Keramik, alles Arbeiter und Angestellte bei Bayer-Leverkusen, aus der Gewerkschaft ausgeschlossen. Das war die rücksichtslose und diktatorische Antwort der IG-Chemie-Führung darauf, daß die 60 bei die Betriebsratswahl im vergangenen Frühjahr mit einer eigenen Liste gegen die offizielle IG-Chemie-Liste kandidiert hatten.

Bei den Ausgeschlossenen handelt es sich um die Kandidaten der Liste „Gewerkschafter für einen besseren Betriebsrat". Diese Liste trat als Alternative gegen die offenkundig durch und durch korrupte Clique um den jetzigen Betriebsratsvorsitzenden Loch auf. Loch und Co. sind eng mit der Leverkusener IG-Chemie-Führung verbunden. Die „Liste der Besseren" erhielt bei der Wahl etwa halb soviele Stimmen wie die offizielle IG-Chemie-Liste mit Loch an der Spitze. Sie zog mit 13 Mitgliedern in den insgesamt 49-köpfigen Betriebsrat ein.

Allerdings kann man dieser Gegenliste nicht bescheinigen, daß sie eine eindeutige und konsequente Opposition gegen die IG-Chemie-Führung und gegen den Betriebsratsbonzen Loch, Weber, Lux u. a. darstellt. Zwar liegt die führende Gruppe dieser Liste um Gipperich, Käsler, Wurm u. a. zum Teil schon seit Jahren im Streit mit der Gruppe um Loch und Weber und mit der örtlichen Gewerkschaftsführung. Aber die Grundlage dieser Fehde besteht nicht darin, daß die Gipperich-Käsler-Gruppe gegen die Unternehmer und Gewerkschaftsbonzen kompromißlos die Interessen der Arbeiter und kleinen Angestellten verteidigt. Obwohl sicherlich Kollegen unter den Kandidaten sind, die das subjektiv ehrlich wollen.

Zwar hat die Gipperich-Käsler-Liste für die Betriebsratswahl ein Programm mit fortschrittlich klingenden Schlagworten und teilweise auch richtigen Forderungen aufgestellt. Gerade in diesem Programm zeigt sich aber auch der inkonsequente und kompromißlerische Standpunkt der Führer dieser Gruppe (die übrigens zum Teil schon lange Funktionen als Betriebsräte und in der Vertrauensleute-Leitung innehaben). Da heißt es z. B. zur Frage des Akkords: „Wir setzen uns ein, daß Vorgabezeiten nicht ohne direkten Kontakt mit den Betroffenen neu festgelegt werden. Die Arbeitsintensivierung darf nicht auf Kosten der Gesundheit der Beschäftigten erfolgen". Damit wird praktisch die Möglichkeit der Verschlechterung der Akkordsätze grundsätzlich nicht abgelehnt sondern anerkannt, ebenso die steigende Arbeitshetze.
Aber all das ist natürlich kein Grund, den Ausschlußterror der IG-Chemie-Führung gegen die 60 Kandidaten bzw. Betriebsräte dieser Gruppe hinzunehmen.

Dieser Massenausschluß ist und bleibt ein Skandal, eine Terrormaßnahme, die klar die diktatorische Herrschaft der Gewerkschaftsführung und des Funktionärsapparates gegenüber der Mitgliederbasis dokumentiert. Diese Ausschlüsse müssen bekämpft werden, denn sie dienen letzten Endes nur dazu, die Gewerkschaftsdemokratie brutal zu unterdrücken und jede Kritik und Opposition gegen die arbeiterfeindliche Politik des Gewerkschaftsapparates zu ersticken.

Um allerdings die Interessen der einfachen Gewerkschaftsmitglieder gegenüber den Bossen und Bonzen zu verteidigen, ist es notwendig, auch den Opportunismus der Führer der „Liste der Besseren" kompromißlos abzulehnen und sich auf der Grundlage des unversöhnlichen Klassenkampfes zusammenzuschließen. Das ist die Linie der Revolutionären Gewerkschaftsopposition, die es auch bei Bayer-Leverkusen aufzubauen und zu stärken gilt.

Arbeitslosigkeit unter Schwerbeschädigten

Kapitalisten: Das geht uns nichts an!

1974 trat ein neues Schwerbehinderten-Gesetz in Kraft. Es verpflichtet die Unternehmer und den öffentlichen Dienst in Betrieben mit mindestens 16 Arbeitern und Angestellten dazu, entweder 6 Prozent der Arbeitsplätze mit Schwerbehinderten zu besetzen oder pro „Pflichtplatz" und Monat eine Ausgleichsabgabe von 100 Mark an den Staat zu entrichten. Vor kurzem nun haben die Unternehmer (genauer: die „Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände") eine Kampagne gegen dieses Gesetz gestartet. Sie fordern, daß die Zahl der „Pflichtplätze" erheblich heruntergeschraubt wird.

Die Kapitalisten kalkulieren so: Aus vollwertigen Arbeitskräften kann ein weit höherer Profit herausgepreßt werden als aus Schwerbeschädigten — auch wenn letzteren weit weniger Lohn gezahlt werden muß. In vielen Fällen berappen die Kapitalisten sogar lieber die Ausgleichszahlung, als daß sie einen schlecht bezahlten Schwerbehinderten einstellen.

Schon aus den bürgerlichen Statistiken ergibt sich eine Arbeitslosenquote unter den Schwerbehinderten von ca. 7 Prozent. Aber die bürgerliche Statistik lügt. Sie beschönigt in skandalösem Ausmaß die bittere Wirklichkeit. Da ist zunächst der Anteil jener Schwerbeschädigten, die bei den Arbeitsämtern schon gar nicht mehr geführt werden. Er macht jedoch noch den geringeren Teil der extrem hohen Dunkelziffer aus. Stärker ins Gewicht fällt hier, daß die zuständigen Ämter vielen Schwerbehinderten die amtliche Anerkennung als Schwerbeschädigter verweigern. Nach Angaben der IG Metall liegen zur Zeit etwa 450.000 Anträge auf Anerkennung als Schwerbeschädigter vor, die bisher von den Ämtern nicht bearbeitet wurden (angeblich aus Arbeitsüberlastung). Vorsichtig geschätzt gibt es alles in allem in der Bundesrepublik zwischen 1,5 und 2 Millionen Schwerbeschädigte. Gegenwärtig haben jedoch höchstens 850.000 Schwerbeschädigte einen Arbeitsplatz. In Wahrheit ist also nahezu jeder zweite Schwerbeschädigte in der Bundesrepublik arbeitslos.

Das aber hindert die Unternehmerverbände nicht, zu zetern: die Ausgleichsabgabe sei eine „ungerechte Sondersteuer", eigentlich sei doch die „Gesamtgesellschaft" für das Problem der Schwerbehinderten zuständig. Der Zynismus dieser Herren ist doch wirklich unbeschreiblich! Nicht nur, daß ein beträchtlicher Teil der Schwerbeschädigten direkt das Opfer der brutalen Schinderei und Arbeitshetze in den kapitalistischen Knochenmühlen ist — es ist doch gerade die Profitgier der Unternehmer, die Hunderttausende von Schwerbehinderten zur Arbeitslosigkeit verdammt!

Wie werden die Herren in Bonn auf das Geschrei der Unternehmer reagieren? Ein junger Genosse aus Hamburg, der über diese Sache in der Zeitung gelesen hatte, schrieb uns einen empörten Brief dazu. Unter anderem schreibt der Genosse: „Anstatt diese Behinderten in den Arbeitsprozeß einzubeziehen, sowie den Prozentsatz für Schwerbehindertenarbeitsplätze anzuheben, werden sich die Bonner Gesetzeshüter wahrscheinlich wieder breitschlagen lassen, und den Kapitalisten noch mehr Geld in den Rachen schmeißen."

Wir halten diese Einschätzung für durchaus realistisch. Zumal auch heute schon die „Arbeitgeber" im öffentlichen Dienst (d. H. der Staat) genau wie die Privatunternehmen sich lieber mittels Bezahlung der Ausgleichsabgabe freikaufen, als die vorgeschriebene Zahl an Arbeitsplätzen mit Schwerbehinderten zu besetzen.

RGO enthüllt:

Skandalöse Betriebsvereinbarung

Eine wirklich einträgliche Betriebsvereinbarung hat der Betriebsrat der Klöckner-Hütte in Bremen mit den Stahl-Bossen abgeschlossen.

Einträglich allerdings weniger für die Arbeiter und kleinen Angestellten der Hüttenwerke, als vielmehr für die Kapitalisten und Betriebsräte. Sie beinhaltet nämlich folgendes: Wenn die Belegschaft Überstunden macht, bekommen die Betriebsratsmitglieder Geld, und zwar unabhängig davon, ob sie selbst Überstunden kloppen (was ohnehin nur für die Nicht-Freigestellten in Betracht kommt) oder nicht. Und zwar erhalten die Betriebsräte eine Pauschale, die sich nach der Anzahl der monatlich gemachten Überstunden bemißt. Der besondere Clou dabei ist: Diese Pauschale bringt den Betriebsräten bei weitem mehr „Moos" als den Kollegen, die sich dafür abschinden müssen.

Angenommen, in einem Monat macht jeder Kollege 4 Überstunden, so bedeutet dies, daß auf dem Werk insgesamt 20.000 Überstunden verfahren werden. Das bringt jedem Betriebsrat — auch wenn er keinen Finger krumm macht — die erkleckliche Summe von 180 Mark im Monat. Geht man von einem Maximum an Überstunden aus, dann können die Betriebsräte sogar bis zu 600 Mark kassieren. Wirklich ein einträgliches Geschäft! Da braucht man sich dann echt nicht mehr zu wundern, wenn dem Betriebsrat die Zustimmung zu Überstunden flink von den Lippen geht.

Zu wundern braucht man sich auch nicht, daß die Herren „Arbeitervertreter" diese saubere Betriebsvereinbarung streng geheim gehalten haben. Jetzt hat ihnen allerdings die RGO die Suppe versalzen: In der vergangenen Woche enthüllte sie den Skandal in einem Flugblatt vor der Belegschaft.

Besonders schmutzig an der Sache ist: Durch freigiebige Zustimmung des Betriebsrats zu Überstunden können die Bosse noch mehr Arbeitskräfte einsparen, oder besser gesagt, Arbeitsplätze vernichten. Übrigens: Der Klöckner-Betriebsrat wird hauptsächlich von der DKP beherrscht. Betriebsratsvorsitzender ist Heinz Röpke, seines Zeichens Mitglied des Parteivorstandes der DKP. Na ja — immerhin weiß man nun genauer, was man sich unter dem „Kampf für das Recht auf Arbeit", wie die DKP ihn versteht, vorzustellen hat: Die Arbeiter dürfen schuften und die Bonzen kassieren.



Arbeiterkorrespondenzen

Adresse der Redaktion: 46 Dortmund 30, Wellinghofer Straße 103, Postfach 300526

Liebe Genossen,

am 28. Juli wurde an unserem Betrieb beiliegendes Flugblatt der RGO-Betriebsgruppe verteilt. Das Flugblatt ist bei den Kollegen gut angekommen. sie waren echt sauer auf die Schikanen von Seeanner und Co. Das Flugblatt kam gerade richtig. Obwohl es nicht so viele Kollegen genommen hatten, war es doch bald Tagesgespräch in der Großmaschinenfabrik (GF). Der Name RGO ist dadurch wieder ein Stückchen mehr zum Begriff geworden.

„Ich werfe doch keine Perlen vor die Säue!"

Seeanner ist Boß der GF und gleichzeitig einer der größten Schikanierer der AEG-Brunnenstraße. Frühmorgens zischt er pünktlich mit dem Klingelzeichen durch die Hallen und paßt auf, daß auch jeder arbeitet. Zuweilen reißt er die Schränke am Arbeitsplatz auf und guckt nach, ob da nicht eine Flasche mit einem besonderen Stoff drinsteht. Sogar in den Abfalleimern schüffelt er nach Flaschen.

Die schärfsten Sache hat er sich in der Schweißerei erlaubt. Dort, wo die Absauganlage schon jahrelang nicht mehr gereingt wurde und die Luft voller Staub hängt, tobte er los, weil auf den Laufbahnen der Brennschneidmaschinen Staub lag. Selbst wenn die Kollegen dort jeden Morgen die Laufbahnen sauber machen, liegt im nächsten Augenblick doch wieder eine dicke Staubschicht drauf. Und die bezahlten Putzzeiten sind, nachdem Seeanner Chef der GF wurde, gestrichen worden.

Und als er darauf angesprochen wurde, wie es mit Schränken für die Schweißer steht, um ihre Sachen und Werkzeuge abzulegen, meinte Seeanner nur: *„Ich werfe doch keine Perlen vor die Säue!"*

So ist das also. Wir knien bis zum Hals im Dreck, den wir nicht wollen und worüber wir uns ganz bestimmt nicht freuen. Und für diesen feinen Herren, der immer nur im blütenweißen Hemd herumstolziert und sich nie die Finger schmutzig macht, der das Vier- und Fünffache von unserem Geld verdient, aber einzig und allein nur dazu da ist, um uns anzutreiben und zu schikanieren, für diesen feinen Herren sind wir Säue.

Wir sollten diesem Herren einen Denkzettel verpassen, an den er noch bis zu seinem Lebensende denkt.

Weg mit Seeanner!

Doch die Liste der Schikanierungen ist noch lange nicht zu Ende. Und es ist auch nicht Seeanner allein, der daran so große Freude hat.

So hat z. B. die Geschäftsleitung der GF in manchen Abteilungen offenen Lohnraub betrieben. Bei einigen Drehern in der Grünen Halle zogen sie im letzten Monat bis zu 60 Pfennig ab. Und jetzt kürzten sie einigen Schlossern aus der Kolonne Böhm in der BTO-Halle den Lohn um Beträge bis zu 1,60 DM.

Die Kollegen, die an NC-Maschinen arbeiten, sollen auf Akkord gesetzt werden, was natürlich auch weniger Geld bedeutet.

Das alles ist Teil eines großangelegten Feldzuges, aus unseren Knochen noch mehr Leistung, noch mehr Geld herauszupressen.

Seeanner hat auf der letzten Betriebsversammlung auch offen ausgesprochen, daß wir mehr leisten müssen, damit die AEG im harten internationalen Konkurrenzkampf bestehen kann. Und da liegt der Hase im Pfeffer. Hier wie auch in den ausländischen kapitalistischen Betrieben werden die Arbeiter angetrieben, damit die Herren Geldsäcke und Schlotbarone noch mehr Profit einstreichen können.

Schließen wir uns zusammen. Lassen wir uns diese Schikanierungen und Antreiberei nicht mehr gefallen.

Zurücknahme der Lohnkürzungen!

Reinigung der Absauganlage in der Schweißerei!

Die millionste Tonne oder: Der Weltrekord im BSW II

In großer Aufmachung berichtet der „Hüttenkurier", daß am 30.4.78 die millionste Tonne Rundstrang im BSW II abgegossen wurde. Das ist allerdings eine stattliche Zahl, nicht weniger stattlich ist die Steigerung der jährlichen Produktionsraten — von 33.000 t im letzten Halbjahr 73 auf 337.000 t im Jahr 1977. Natürlich vergessen die Hofberichterstatter vom „Hüttenkurier" nicht zu erwähnen, daß durch Modernisierung der Anlage „Arbeitserleichterungen" und ein „ruhigerer Betriebsablauf" erreicht wurde. Natürlich sagen sie nicht, daß Modernisierungen und Rationalisierungen nie durchgeführt werden, um den Kollegen die Arbeit zu erleichtern, sondern um den Profit zu erhöhen. Und daß eine solche Steigerung der Produktionsraten nicht ohne enorme Steigerung der Arbeitshetze durchgesetzt werden kann, weiß jeder Kollege.

Da nehmen sie die Sache lieber sportlich. Denn laut „Hüttenkurier" „glauben unsere Männer aus dem BSW II, daß sie sogar einen ‚Weltrekord' aufstellten, als sie im März dieses Jahres 46.712 Tonnen Röhrenrund abgossen". Nachdem die Kollegen völlig überrascht aus dem „Hüttenkurier" von ihrer Spitzenleistung erfuhren, warten sie jetzt auf den Weltrekord in ihrer Lohntüte.

(Aus „Röhrenkieker", Betriebszeitung der KPD/ML bei Mannesmann/Duisburg-Huckingen)

Soeben erschienen:

RGO-Nachrichten, Nr. 5!

Aus dem Inhalt:
• Streik bei Dunlop/Hanau • Wie Mars 270 Arbeitsplätze vernichtet — die Hintergründe der Croferit-Pleite • Fasolt: Fabrikant, Steuerbetrüger, BDI-Präsident • Urlaubsgeld: Der Staat kassiert kräftig mit!

Preis 30 Pfennig. Bestellungen an: Dithmars Theil, 46 Dortmund 41, Postfach 410331

— GEGEN REAKTION UND FASCHISMUS! —

Schmidt, Scheel, Strauß:

Wehrmachtoffiziere machen Karriere

„Filbinger ist kein Einzelfall“, schrieben wir vor einiger Zeit. Inzwischen sind es die Bonner Parteien selbst, die das bestätigen. Strauß, Schmidt und Scheel, so steht inzwischen fest, waren Offiziere der Hitlerwehrmacht und hatten als solche Befehlsgewalt in dem völkermörderischen Krieg, den der Hitlerfaschismus für die Interessen der Flick, Krupp und Thyssen führte.

Franz-Josef Strauß, so enthüllte Bernt Engelmann, Vorsitzender des Verbandes Deutscher Schriftsteller, war „Offizier für wehrgeistige Rüstung“ und später „nationalsozialistischer Führungsoffizier“ (NSFO). Und zwar wurde Strauß, vorher Waffenlehrer an einer Flakartillerie-Schule in Oberbayern, „Offizier für wehrgeistige Rüstung“, als sich die Hitlerfaschisten nach dem Attentat auf Hitler im Juli 1944 durch massive Indoktrinierung bemühten, die zunehmende Zersetzung innerhalb der Armee aufzuhalten. Kann irgendjemand bezweifeln, daß einen solchen Posten zu einem Zeitpunkt, als sich die Niederlage der Hitlerarmee deutlich abzeichnete, nur überzeugte Nazis bekamen und übernahmen?

Davon abgesehen: Niemand, der weiß, wie Strauß als Bonner Minister wie als Repräsentant der CSU beste Kontakte zu allem möglichen Faschisten nicht nur in der Bundesrepublik, sondern in der ganzen Welt unterhält, wird die Aussagen Engelmanns im geringsten anzweifeln. Das weiß natürlich auch die CDU/CSU. Und deshalb zogen die Herren „Christdemokraten“ es vor, statt lange Dementis abzugeben, sozusagen die „Flucht nach vorn“ anzutreten. Sie enthüllten, daß auch Helmut Schmidt aus brauner Vergangenheit zum Bonner Spitzenpolitiker-Glanz aufgestiegen war.

Helmut Schmidt, so der „Bayern-Kurier“, war Oberleutnant der Luftwaffe. Und als Wehrmachtoffizier nahm der damals 26-jährige auch als Beobachter am Prozeß des Volksgerichtshofes gegen die Männer des 20. Juli 1944 teil! Schmidts Regierungssprecher Bölling dazu: Schmidt sei zu diesem Prozeß abkommandiert



Helmut Schmidt als Nazi-Wehrmachtsoffizier.

worden und habe anschließend seinem General gesagt, er solle ihn nicht mehr zu diesem „grauenhaften Schauprozeß“ schicken! Wirklich rührend, geradezu illustriertenreif! Nur „vergaß“ Bölling leider zu erwähnen, daß nur „zuverlässige“ und „überzeugte“ Nationalsozialisten von der Gestapo die notwendige Eintrittskarte erhielten und daß sie diese Eintrittskarte auch nur einmal (!) erhielten! Eine zweite Karte wurde von der Gestapo nur als besondere Auszeichnung verteilt!

Daß auch **Walter Scheel**, der Bundespräsident, Offizier der Hitlerwehrmacht war, erwähnt der Historiker Golo Mann in einem Interview mit „Bild am Sonntag“ vom 6. 8. 78 quasi „nebenbei“. Für ihn wie auch für Springers „Bild am Sonntag“ ist die Tatsache, daß Wehrmachtoffiziere im Bonner Staat Karriere machen, kein Grund zur Beunruhigung. Im Gegenteil. Ihre perfide Logik lautet: Wenn alle Dreck am Stecken haben, kann man keinem einen Vorwurf machen. Und so fordern sie eine moralische Generalamnestie für Leute wie Strauß, Schmidt, Scheel und hetzen gegen „rote Saubermänner ... die immer neue Rufmordkampagnen ins Rollen bringen“. Wobei sie im übrigen auch die volle Unterstützung der SPD und der Bonner Regierung haben, die angesichts der zahlreichen Nazi-Enthüllungen der letzten Zeit durch ihren Sprecher Bölling ein Ende der „Hexenjagd“ fordern läßt.

Das deutsche Volk soll den Vertretern dieses Staates, die ihr Handwerk im Hitlerfaschismus gelernt haben, einen Persil-Schein ausstellen? Es soll diesem propagandistischen Versuch, den Hitlerfaschismus endgültig wieder „salonfähig“ zu machen, zustimmen? Das wird niemals geschehen!

Wenn die „Welt“ am 4. 8. 78 provokativ fragt: „Soll eine neue Entnazifizierungswelle über uns hinweglaufen? 33 Jahre danach?“ — so lautet die Antwort: Es ist eine neue Entnazifizierungswelle notwendig, und es wird sie auch geben. Allerdings wird diese „Entnazifizierungswelle“ nicht über euch „hinweglaufen“ wie nach '45, wo den meisten Verbrechern kein Haar gekrümmt wurde, ein KZ-Baumeister wie Lübke Bundespräsident werden konnte usw. usf. Unsere „Entnazifizierungswelle“ wird gründlicher sein, sie wird den alten Nazis und denjenigen, die heute im Gewande des „Demokraten“ ein neues '33 vorbereiten, einen Nürnberger Prozeß anderer Art als nach '45 bereiten. Einen Nürnberger Prozeß des Volkes!

Auf Schritt und Tritt

Das Spitzelnetz des BKA

Nach den Enthüllungen in „Stern“ und „Konkret“ über die systematische Bespitzelung und Überwachung durch das Bundeskriminalamt haben sich viele Menschen gefragt: Wird da eine neue Geheime Staatspolizei aufgebaut? Zu Recht fühlen sie sich daran erinnert, daß es das alles vor vierzig Jahren schon einmal gab. Herold vom Bundeskriminalamt hat nun mit Gegendarstellungen und einem längeren Interview auf die angebliche „öffentliche Denunziationskampagne“ geantwortet. Und das Ergebnis: Die Informationen über das Spitzelnetz des BKA stimmen!

So gab Herold in dem Interview mit der „Frankfurter Rundschau“ (4.8.78) zu, daß während der Jagd nach der Schleyer-Entführung die Pässe aller 20- bis 30-jährigen beim Grenzübertritt registriert wurden. Etwa 3.000 Namen kamen so in den Polizeicomputer. Angeblich sollen sie inzwischen „gelöscht“ worden sein. Aber wer glaubt das?

Denn mit der Wahrheit nimmt das Bundeskriminalamt es nicht so genau. So gibt es offene Widersprüche zwischen der Gegendarstellung des BKA in der Zeitschrift „konkret“ und dem Interview, das BKA-Chef Herold offensichtlich auf „höhere Anweisung“ durch den Bundesinnenminister gab. So behauptete Herold in der Gegendarstellung: Ein sogenanntes Mahler-Programm gab es nicht. In dem Interview heißt es nun: „Die Mahler im Raum Köln und Umgebung wurden also befragt, ob Wohnungen an Personen der Jahrgänge 42 bis 52, als 25 bis 35 Jahre alt vermietet wurden und ob, zweite Frage, eine Anmeldung dieser Personen beim Einwohnermeldeamt erfolgt war ... Bei der Filterung dieser beiden Datenmengen stellte sich ein Kreis von etwa 1.500 Personen heraus, die einer näheren Überprüfung bedurften ...“

Und leugnete Herold in der „konkret“-Gegendarstellung noch das „Hochhaus-Programm“, so heißt es jetzt im Interview: „Selbstverständlich wurden deshalb im ganzen Bundesgebiet Hochhäuser überprüft, ob sie konspirative Wohnungen enthalten.“ Herold berichtet dann auch gleich noch, daß das Bundeskriminalamt sämtliche Mieter von Leih-Wagen überprüft hat. Die Polizei erhielt einen Durchschlag der Mietverträge.

Mit diesen Eingeständnissen hat Herold das große Ausmaß der staatlichen Bespitzelung und Überwachung zugegeben. Denn es war wohl kaum noch zu verschleiern, wie breit der Überwachungsapparat ausgebaut ist. Also heißt jetzt die Taktik aus dem Hause des Bundesinnenministeriums: „Vertrauenswerbung durch Offenlegung“.

Dabei soll der Eindruck erweckt werden, die staatliche Schnüffelei sei nur auf die Zeit der Schleyer-Fahndung beschränkt gewesen. Und es gehe dabei nur um die Handvoll Terroristen. Das Gegenteil ist der Fall. Die Terroristen-Fahndung wird zum Vorwand genommen, um über die ganze Bevölkerung ein Spitzelnetz zu werfen.

Wenn die Herren in Bonn glauben, sie könnten „Vertrauenswerbung“ machen, indem sie ein wenig Licht in das geheimdienstliche Dunkel der Tätigkeit des BKA werfen, so irren sie sich. Mit jeder Enthüllung werden immer mehr Werktätige erkennen, daß dieser gewaltige Polizeiapparat nicht mit der Fahndung nach ein paar Terroristen zu rechtfertigen ist, sondern ein Schritt hin zu einem Polizeistaat ist, daß Bonn Kurs auf ein neues '33 nimmt.

So hat Herold unter anderem in seinem Interview erklärt, daß der Beobachtenden Fahndung (BEFA) nicht nur die bereits erwähnten „Kontaktpersonen“ von angeblichen Terroristen (Siehe RM 28) unterliegen, also Personen, die durch Zufall mit beschatteten Personen im gleichen Zugabteil sitzen, sondern daß es auch eine eigene Gruppe BEFA 9 gibt. Herold: „Immer, wenn eine polizeiliche Großlage zu erwarten war, mit gewalttätigen Demonstrationen wie in Grohnde, Brokdorf oder Kalkar, sollten nach einem Plan, der dann doch nicht verwirklicht wurde, diejenigen in den Computer eingegeben werden, die bereits wegen Landfriedensbruch bei solchen Demonstrationen rechtskräftig verurteilt worden sind. Damit wollte man der kontrollierenden Polizei im Vorfeld solcher Ereignisse die Möglichkeit geben, unter der Masse der friedlichen Demonstranten die wirklich gefährlichen herauszufinden ...“

Daß dies nur ein Plan gewesen sein soll, ist nichts als ein Ablenkungsmanöver. Tatsache ist, daß die Personalien von Leuten, die zur Demonstration gegen das Atomkraftwerk Kalkar am 24. September fuhren, in den Computer des Bundeskriminalamtes eingefüttert wurden. Und der „Stern“ meldete ebenfalls, daß Verteiler von Flugblättern, auf denen zu legalen Demonstrationen aufgerufen wurde, zu BEFA-Fällen wurden. Daß sie also systematisch bespitzelt werden!

Dies zeigt, daß die staatliche Bespitzelung sich immer offener gegen den Kampf der Werktätigen richtet. Setzen wir dem Bonner Kurs der Faschisierung entschiedenen Widerstand entgegen! Bauen wir eine starke Front gegen Reaktion und Faschismus auf!

Schwarze Listen über Sozialarbeiter

Jede Woche kommen neue Fälle von Bespitzelung und Erfassung der Bevölkerung durch den Verfassungsschutz und andere Abteilungen der Geheimpolizei dieses Staates ans Tageslicht. So wurde jetzt bekannt, daß Hessen schwarze Listen über „politisch unzuverlässige“ Sozialarbeiter angelegt wurden. Die „Frankfurter Rundschau“ berichtete am 5. August darüber. Sie schreibt unter anderem, die Listen hätten den Zweck, die Sozialbehörden davon abzuhalten, politisch nicht genehme Personen einzustellen. Mit anderen Worten: Hier werden inoffiziell Berufsverbote hinter den Kulissen betrieben. Die Betroffenen erfahren gar nicht, warum sie nicht eingestellt werden. Sie werden unter irgendwelchen fadenscheinigen Begründungen abgewiesen. Was in Hessen praktiziert wird, ist — das kann man sicher annehmen — auch in den anderen Bundesländern nicht verpönt. Die Methoden, mit denen dieser Staat die sogenannte „freiheitlich-demokratische Grundordnung“ vor dem Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung absichert, sind in allen Bundesländern die gleichen.

Ausbildung in „Verhörtechnik“

Gerhard Meyer, der Westberliner Justizsenator, erweist sich als sehr „dynamischer“ Hüter von Recht und Ordnung. In einem Interview mit der Tageszeitung „Die Welt“ gab er bekannt, daß in Westberlin unter seiner Leitung spezielle „Sicherungsgruppen“ in den Haftanstalten aufgebaut werden. Und zwar sollen diese mindestens „so gut“ sein, wie die berüchtigte Bundesgrenzschutz-Truppe GSG 9. Also eine Truppe, die rücksichtslos zuschlägt und Blut fließen läßt, wenn es gilt, Feinde „unserer Rechtsordnung“ zu „erledigen“. Man braucht sich also nicht zu wundern, wenn es in Zukunft auch in Westberliner Gefängnissen zu „Selbstmorden“ politischer Gefangener kommen sollte. Zumal laut Justizsenator Meyer zum „Trainingsprogramm“ der besagten Truppe unter anderem auch „Verhörtechniken“ gehören. Im Klartext heißt das doch wohl: Foltermethoden.

Wo faschistische Henker sich zu Hause fühlen...

Die deutsche Bundespost lieferte ihm bis jetzt jeden Monat die Rente ab, die er aus Holland bezog. Und das, obwohl er (offiziell) seit dreißig Jahren von den Justizbehörden „gesucht“ wird. Er ist nämlich 1949 in Abwesenheit von einem holländischen Gericht wegen Kriegsverbrechen zum Tode verurteilt worden: der Naziverbrecher Wilhelm Aloys Bos. Kurz vor seinem Prozeß gelang ihm damals die Flucht. Und wohin setzte er sich ab? In die deutsche Bundesrepublik. Bos vertraute offensichtlich darauf, daß es keineswegs nur eine juristische Floskel ist, wenn der Bonner Staat sich selbst als Rechtsnachfolger des Naziregimes bezeichnet. Und dieses Vertrauen erwies sich als nicht ungerechtfertigt. Daß Bos von den holländischen Behörden eine Rente beziehen konnte, wirft allerdings auch ein bezeichnendes Licht auf diesen Staat, der natürlich auch nur ein Werkzeug einer Kapitalistenklasse ist.

Wie die „Frankfurter Rundschau“ berichtet, war Bos während der deutschen Besetzung Hollands für den „Sicherheitsdienst“ der Nazifaschisten tätig und hat sich dabei den Ruf einer Bestie erworben. Der Ankläger nannte ihn bei dem Prozeß 1949 einen bluttriefenden Verbrecher, der eine wahre Schreckensherrschaft ausgeübt hat. Nachdem holländische Journalisten Bos auf die Spur gekommen waren und ihre Enthüllungen unter der Bevölkerung große Empörung ausgelöst hatten, haben die holländischen Behörden jetzt die Auslieferung dieses Mörders beantragt, der sich in Hattingen im Ruhrgebiet als „ehrenwerter Bürger“ niedergelassen hatte.

Aber Bos ist nicht der einzige Fall. Wenige Wochen vor der Enttarnung von Bos war ein anderer niederländischer Bluthund der Nazis names Siert Bruins entlarvt worden. Ebenfalls durch niederländische Journalisten. Dieser Mörder hatte sich in Breckerfeld (ebenfalls in Nordrhein-Westfalen) eingenistet. Gegen seine Auslieferung nach Holland sammelt zur Zeit Erwin Bühre, SPD-Mitglied und Angehöriger der Gemeindeverwaltung von Breckerfeld, Unterschriften. In einem sogenannten Bürgerbrief, der in sieben Breckerfelder Cafés zur Unterzeichnung ausgelegt ist, heißt es unter anderem: „Wir kennen Bruins als einen anständigen und hilfsbereiten Mitbürger, der niemand etwas zuleide getan hat.“ Dieser hilfsbereite Mitbürger war ebenfalls 1949 in Holland wegen seiner Henkersdienste für die Nazi-Besatzer zum Tode verurteilt worden. Noch kurz vor der deutschen Kapitulation erschoß er persönlich zwei Juden, die sich versteckt hatten, um nicht im KZ umzukommen.

Noch einem dritten wegen Kriegsverbrechen verurteilten Niederländer ist man dieser Tage in der Bundesrepublik auf die Spur gekommen: Jan Hajo Klimp, der zu 11 Jahren Gefängnis verurteilt wurde, weil er an Razzien der faschistischen Besatzungsmacht mitgewirkt hat. Er gehörte einer Gruppe unter Leitung des SS-Mannes Phillips an, die wegen ihrer grausamen Foltermethoden berüchtigt war.

Also nicht nur deutsche Nazi-Verbrecher, sondern auch ausländische Landsknechte des Naziregimes leben seit Jahrzehnten unbehelligt unter uns. Dieser Bonner Staat kann Himmel und Hölle in Bewegung setzen, wenn es darum geht, sogenannte Terroristen aufzuspüren und zu „erledigen“. Verurteilte faschistische Massenmörder jedoch verfangen sich nicht in seinen Netzen. Da müssen erst holländische Journalisten kommen, um den einen oder anderen aufzuspüren. Das macht die tiefere Bedeutung dessen klar, wenn Bonn als „juristischer Nachfolger“ des Nazistaates auftritt.

Bayern: Gezielter Todesschuß auch auf Kinder

In Bayern wurde ein neues Polizeiaufgabengesetz durch den Landtag gepeitscht, das am ersten Oktober in Kraft treten soll. Dieses Gesetz sieht die kriegsmäßige Ausrüstung der Polizei mit Maschinengewehren und Handgranaten vor. Desweiteren erlaubt es auch den gezielten Todesschuß. Das Ungeheuerlichste aber: Es erlaubt ihn ausdrücklich auch gegen Kinder!

Wörtlich heißt es in dem Gesetz: Auch auf „Personen, die noch keine 14 Jahre alt sind“ darf geschossen werden. Lediglich je ein Abgeordneter der SPD und der FDP stimmten gegen dieses faschistische Gesetz. Kann man angesichts solcher und ähnlicher Tatsachen noch daran zweifeln, daß dieser Staat sich systematisch auf den Bürgerkrieg zur Niederschlagung des Kampfes der werktätigen Massen rüstet? Die Bourgeoisie, ihr Bonner Staat und die drei etablierten Parteien planen systematisch die Errichtung einer faschistischen Diktatur für die Zeit der verschärften Krise, wenn das werktätige Volk sich nicht mehr beschwichtigen und vom revolutionären Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung abbringen läßt. Das Geschwätz der Herren Politiker über unsere „freiheitlich-demokratische Grundordnung“ kann ihre Politik der Faschisierung nicht mehr verschleiern. Die Tatsachen sprechen eine zu deutliche Sprache.

Chile

Läßt Washington Pinochet fallen?

General Manuel Contreras war der Chef des berüchtigten faschistischen Geheimdienstes DINA in Chile. Letzte Woche wurde er in Abschiebehaft genommen. Seine Auslieferung in die USA, wo ihn ein Mordprozeß erwartet, ist von Washington beantragt worden. Ein ungewöhnlicher Vorgang in einer faschistischen Militärdiktatur, ungewöhnlich auch für das Verhältnis zwischen Washington und einem seiner treuesten Vasallen. Was steckt dahinter?

Vordergründig geht es um den Mordfall Letelier. Washington, 21. September 1976: Mitten in der Stadt wird ein Wagen von einer Bombe zerrissen, die unter dem Kühler angebracht war. Zwei Insassen, der chilenische Ex-Außenminister der Allende-Regierung, Letelier, und die Amerikanerin Ronni Moffits werden von der Bombe zerrissen. Die CIA erklärt sofort, eine Beteiligung des chilenischen Geheimdienstes an diesem feigen Mord sei ausgeschlossen. Es werden sogar gezielt Gerücht in die Welt gesetzt, nach denen die Täter unter den „Gesinnungsgenossen" Leteliers zu finden wären.

Aber die Wahrheit läßt sich nicht vertuschen: Die Mörder waren der DINA-Hauptmann Fernandez und der in Chile ansässige amerikanische Staatsbürger Michael Townley. Und die Spur führt direkt zu Contreras, einem der verhaßtesten Mörder-Generäle des chilenischen Regimes. Wenig später gibt es die Beweise: Der DINA-Boß hat sich persönlich um die falschen Pässe bemüht, mit denen sein Mord-Kommando nach Washington reiste, um die Bluttat auszuführen. Nun hat es mit diesem Contreras eine besondere Bewandnis. Er ist der engste Vertraute des Diktators Pinochet. Es wird berichtet, daß die Büros dieser beiden Faschisten durch eine Sprechanlage verbunden waren, die ständig eingeschaltet war. Niemand zweifelt daran, daß Pinochet selbst von dem Mordanschlag gewußt hat bzw. der direkte Auftraggeber war.

Wenn jetzt in Washington der Mordfall Letelier wieder aufgerollt wird, so ist das nichts als eine Farce. Der Prozeß, der dort demnächst gegen chilenische Offiziere über die Bühne gehen wird, ist nur ein Schauspiel, das die Politik des Menschenrechts-Apostels Carter ins rechte Licht rücken soll. Seht her, will Carter damit zeigen, die Menschenrechte auch auf dem amerikanischen Kontinent sind mir so teuer, daß ich mir sogar einen General ausweisen lasse. Aber Mörder vom Schlage eines Contreras gibt es zu Hunderten an den Spitzen der faschistischen Regimes in Lateinamerika. Und sie alle erfeuen sich nach wie vor der ausdrücklichen Unterstützung Washingtons. Nicht nur das: Sie sind auch Kreaturen des amerikanischen Imperialismus. Wie war es denn in Chile selbst? Es ist erst einige Monate her, da wurde in Washington sogar vom Ex-CIA-Chef Helms zugegeben, daß sein Geheimdienst am faschistischen Putsch der chilenischen Generäle beteiligt war. All das möchte Carter jetzt vergessen machen, indem er sich den Anschein gibt, als würde seine Regierung einen schweren Druck auf die faschistischen Diktatoren Lateinamerikas ausüben.

Die Tatsachen aber sprechen eine andere Sprache: So wurde vor einiger Zeit bekannt, daß die US-Banken in den letzten beiden Jahren umgerechnet 2 Milliarden Mark an Krediten nach Chile gepumpt haben, mehr als je zuvor. Und in der letzten Woche lehnte es der Kongreß in Washington auf Betreiben Carters ausdrücklich ab, die amerikanischen Waffenlieferungen an das faschistische Regime in Santiago zu stoppen.

Sicher — die Affäre Contreras wird den Diktator Pinochet in zusätzliche Schwierigkeiten bringen. Aber das ist nicht unbedingt gegen die Interessen der amerikanischen Imperialisten, die diesen Henker vor fünf Jahren an die Macht geputscht haben. Denn immer stärker ist in den letzten Monaten der Kampf des Volkes gegen das verhaßte Regime geworden. So führten die Bergarbeiter in den Kupferminen El Teniente und El Salvador machtvolle Streiks und Massendemonstrationen durch. Die Hafenarbeiter in ganz Chile kämpften mit Bummelstreiks für höhere Löhne. Kampfaktionen gab es auch bei den Bau- und Eisenarbeitern und unter den Bauern. Die Studenten von Santiago erzwangen sogar den Rücktritt des Rektors der Universität von Chile.

Unter diesen Bedingungen bereiten sich die amerikanischen Imperialisten, die wahren Herren in Chile, offenbar darauf vor, ihre Marionette Pinochet aus dem Verkehr zu ziehen. Die Revolutionäre Kommunistische Partei Chiles hat darauf hingewiesen, daß die chilenischen Christdemokraten, die ebenfalls durch tausend Fäden mit Washington verbunden sind, bereitstehen, in dieser amerikanischen Neo-Kolonie die Regierungsgeschäfte zu übernehmen. Die Form der Herrschaft soll geändert, das System der Unterdrückung der Volkskämpfe jedoch beibehalten werden. Auch die modernen Revisionisten haben schon lange ihre Fühler zu den Christdemokraten ausgestreckt und unterstützen sie unverhohlen.

Aber wie immer auch der Streit zwischen den reaktionären Kräften in Chile ausgehen wird, niemals wird durch einen von Washington inszenierten Pferdewechsel in Santiago dem chilenischen Volk die Demokratie geschenkt werden. Nur durch den revolutionären bewaffneten Kampf, wie ihn die RKP Chiles organisiert, können sich die Arbeiterklasse und die werktätigen Volksmassen von der faschistischen Diktatur und der Herrschaft der amerikanischen Imperialisten befreien.

Libanon

Bombenangriff der israelischen Luftwaffe

Wieder einmal stießen israelische Jagdbomber amerikanischer Herkunft weit in den Luftraum des Libanon vor. Ihr Ziel war der Ort Dahr El-Touta in der Nähe der Hafenstadt Saida. Über diesem Ort warfen sie ihre Bomben ab, hier richteten sie ein Blutbad und Zerstörungen an, deren Umfang noch nicht bekannt ist. Gleichzeitig schlagen Granaten aus den Geschützen der Israelis beinahe täglich auf dem libanesischen Boden ein. Kein Zweifel — trotz des angeblichen Rückzugs der israelischen Streitkräfte aus dem Südlibanon, trotz aller Friedensbeteuerungen der zionistischen Führer in Tel Aviv — der Krieg geht weiter.



Immer wieder fliegen israelische Kampfflugzeuge Bombenangriffe gegen die Bevölkerung des Libanon. Unser Foto zeigt einen Taxifahrer, der bei einem solchen Angriff ermordet wurde.

Und es sind nicht nur solche brutalen Überfälle wie in der vergangenen Woche. Auch bei dem Bürgerkrieg im Libanon, der wieder in aller Heftigkeit aufgeflammt ist, mischen die israelischen Zionisten offen mit. So traf sich etwa am vorletzten Wochenende der Chef der reaktionären Milizen im Libanon, Gemayel, mit dem israelischen Generalstab, um ein gemeinsames Vorgehen zu besprechen. Gemayels Milizen werden schon seit langem von israelischen Militärs instruiert. Ausgerüstet sind sie mit den Waffen, die im großen Umfang von der amerikanischen Supermacht nach Israel gepumpt werden.

Die Aufgabe dieser reaktionären Verbände ist es vor allem, die bewaffneten Einheiten der libanesischen und palästinensischen Patrioten anzugreifen und zu schwächen. Darüber hinaus sollen sie Gebiete des Landes — vor allem im Süden — unter ihre Kontrolle bringen, in denen dann faktisch die israelischen Militärberater das Kommando führen. Und obwohl sich in der vergangenen Woche besonders schwere Gefechte zwischen den reaktionären Milizen und regulären libanesischen Einheiten entwickelten, dachten die Verbände der UNO-„Friedenstruppe" gar nicht daran, dem Treiben der Milizen im Südlibanon Einhalt zu gebieten. Diese Truppe ist stets nur dann angetreten, wenn es darum ging, Schläge gegen die Stellungen der bewaffneten Patrioten zu führen.

Ungarn: Weitere Preissteigerungen

Nach Angaben des ungarischen Wirtschaftsministeriums hat es in den ersten fünf Monaten dieses Jahres eine allgemeine Preissteigerung von 4,3 Prozent gegeben. Besonders stark angestiegen sind die Preise für Lebensmittel wie Brot, Fleisch, Milch, Zucker usw. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß — während auch bei Frisch- und Konservenobst die ungarischen Werktätigen tiefer in die Tasche greifen mußten — Budapest große Mengen von Obst und Gemüse zu Schleuderpreisen an Moskau verkaufte.

Iran: Anhaltende Massenkämpfe

Nach den Kämpfen in der iranischen Stadt Maschad am 22. Juli (der RM berichtete darüber) haben die schweren Unruhen auf über 13 Städte des Landes übergegriffen. Über vierzig Banken, zahlreiche öffentliche Gebäude und Einrichtungen der verhaßten faschistischen Staatspartei wurden dabei angegriffen.

In Jahrom zum Beispiel stürmten Demonstranten das Gebäude des Stadtrats. In Hamadan und in Shiras wurden Militärfahrzeuge der Armee angegriffen. Und in fast allen Städten tobten mehrstündige Straßenschlachten zwischen den Demonstranten und den bewaffneten Organen der faschistischen Diktatur. Das Regime selbst gab zu, daß es den Kämpfen der Massen mit Gewehrfeuer begegnet ist. Wie viele Menschen dabei ermordet wurden, läßt sich nicht sagen.

Der Iran erlebte nun schon die fünfte breite Welle von militanten Massenkämpfen in diesem Jahr. Und wieder wollen die „politischen Beobachter" in Teheran wissen, daß ausschließlich religiöse Gründe die Demonstranten bewegen würden. Damit plappern sie nur die Lügen des Schah-Regimes nach, das seit einiger Zeit die Version verbreitet, die Demonstrationen seien das Werk reaktionärer, besonders kirchlicher Elemente, und würden sich gegen die „Modernisierung" des Iran richten.

Aber ungeachtet der Tatsache, daß auch Teile der islamischen Geistlichkeit aus verschiedenen Gründen in Opposition zur Diktatur stehen: die Kämpfe der letzten Monate sind ein Ausdruck dafür, daß breite Schichten der werktätigen Massen nicht nur das faschistische Unterdrücker-Regime aus tiefstem Herzen hassen, sondern auch bereit sind, den aktiven Kampf gegen dieses Regime zu führen.

Mosambik: Bewaffneter Überfall der rhodesischen Rassisten

Truppen des rhodesischen Rassisten-Regimes sind weit in das Nachbarland Mosambik eingedrungen und haben dort Tod und Zerstörung verbreitet. Wie ein Militärsprecher in Maputo, der Hauptstadt Mosambiks erklärte, sind bei dem Terrorüberfall zwölf Menschen getötet und über hundert verletzt worden.

Erst im März dieses Jahres hatten rhodesischen Truppen eine ähnliche Invasion gegen Sambia unternommen und dort über 40 Menschen ermordet. Bezeichnend ist die Tatsache, daß beide Terrorüberfälle auch von den schwarzen Ministern im Kabinett der rhodesischen Rassisten abgesegnet wurden. Diese Leute bezeichnen sich selbst als Vertreter des Volkes von Simbabwe, ja sogar als Freiheitskämpfer. Ihre bedenkenlose Unterstützung für die Terrorakte des rhodesischen Regimes jedoch zeigt einmal mehr, daß sie nichts sind als erbärmliche und verräterische Lakaien der Rassisten.

Australien: Streik der Fernmeldetechniker

Die australische Regierung befürchtet den völligen Zusammenbruch der Fernsprech- und Telexverbindungen. Der Grund: Ein Streik der Fernmeldetechniker, an dem jetzt ca. 5.000 Kollegen beteiligt sind, hat sich über das ganze Land ausgebreitet. Mit ihrem Ausstand kämpfen die Techniker gegen einen drohenden Abbau der Arbeitplätze durch die Umstellung des Fernsprechnetzes auf Computer-Betrieb.

Argentinien/DBR: Umfangreiches Waffengeschäft angekündigt

Nach Angaben der britischen Zeitung „Financial Times" hat die Hamburger Werft Blohm + Voss einen Auftrag des argentinischen Militärregimes über den Bau von sechs Fregatten bekommen. Die B + V-Bosse wollten diese Nachricht nicht bestätigen, sie gaben jedoch zu, mit den argentinischen Faschisten in Verhandlungen zu stehen. Die Werft hatte früher unter anderem auch Kriegsschiffe für den portugiesischen Kolonialkrieg in Afrika gebaut.

Azania (Südafrika): Kinder in den Kerkern der Rassisten



Demonstration von Jugendlichen in Azania

Tausende von politischen Gefangenen sitzen in Kerkern des rassistischen Regimes von Südafrika. Eine in Johannesburg veröfentlichte Studie gestand jetzt ein, daß unter diesen Gefangenen auch Kinder im Alter von 13 und 14 Jahren sind. Ein großer Teil der politischen Gefangenen unter 18 Jahren befindet sich schon seit zwei Jahren ohne Gerichtsverfahren in Haft. Diese Tatsachen werfen ein grelles Licht auf den barbarischen und faschistischen Charakter des Regimes von Johannesburg, eines Regimes, das sich der allseitigen Unterstützung durch die westdeutschen Imperialisten erfreut.

REVOLUTIONÄRE ZEITUNGEN FÜR DIE AUSLÄNDISCHEN KOLLEGEN

Bandeira Vermelha
Portugal

Vanguardia Obrera
Spanien

ΠΡΟΛΕΤΑΡΙΑΚΗ ΣΗΜΑΙΑ
Griechenland

PROLETARI DI TUTTI I PAESI, UNITEVI!
nuova unità
Italien

Lieber Leser des „Roten Morgen"

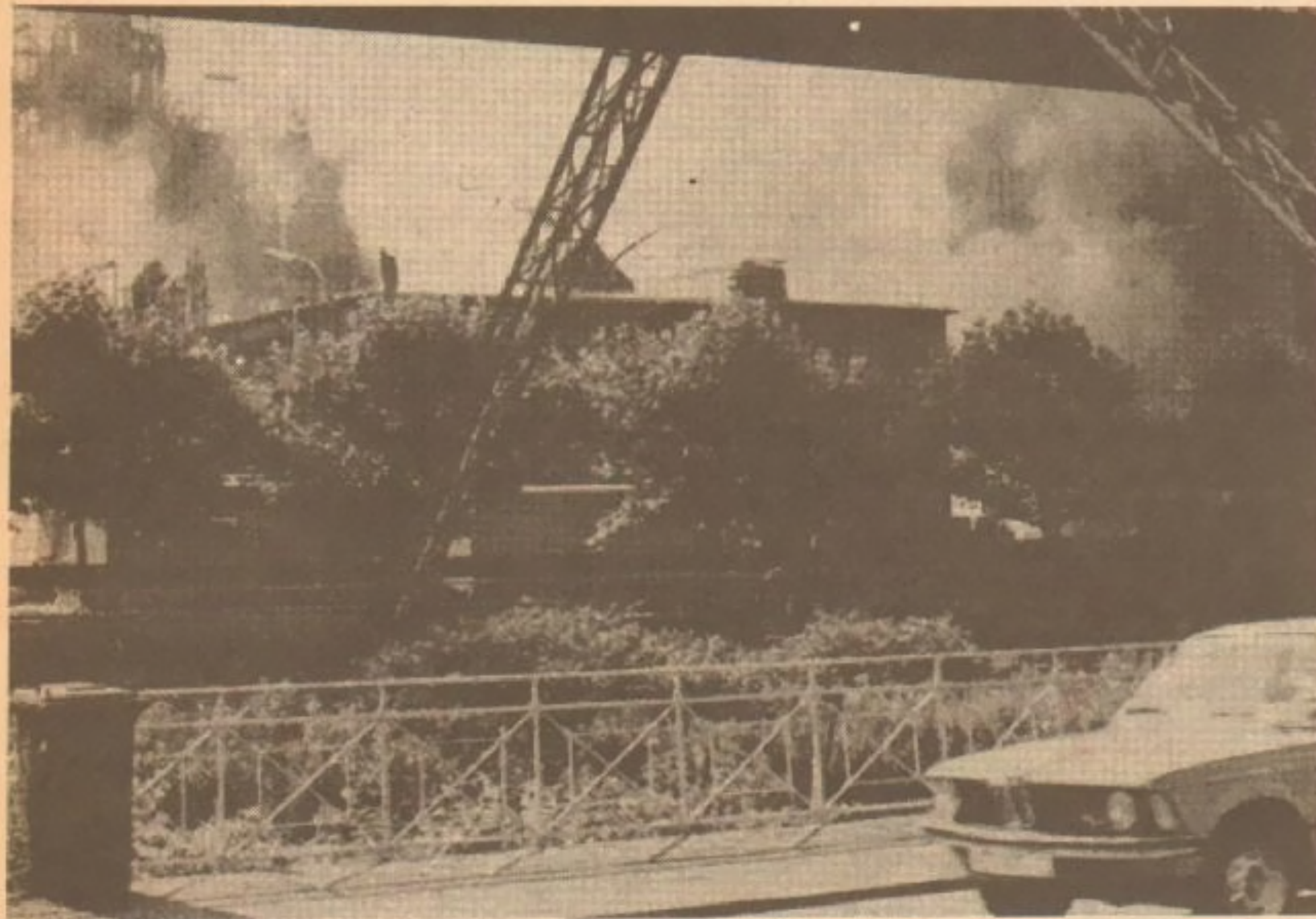
Abonnements für die abgebildeten Zeitungen und für andere Zeitungen der Bruderparteien der KPD/ML sowie weitere revolutionäre Zeitschriften von befreundeten ausländischen Organisationen können über den Verlag Roter Morgen vermittelt werden. Wir bitten, insbesondere auch die ausländischen Kollegen auf diese Möglichkeit hinzuweisen. Die Zeitungen sind nur im Abonnement erhältlich.

Bestellungen bitte an: Verlag Roter Morgen (Vertrieb), 46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/ 433691 u. 433692, Postfach 300526

Salzsäure in der Luft

Fortsetzung von Seite 1

am Mittwochabend gegen 21 Uhr konnte der letzte Rest der ausgelaufenen Chemikalie neutralisiert werden.



Dichte Schwaden von Salzsäuredampf stiegen vom Bayer-Werk in Elberfeld hoch und gingen über Wuppertals nordwestliche Wohnviertel nieder

Am nächsten Tag verkündete die Bayer-Werksleitung in der Presse: „Keine Gefahr für die Bürger!" Dabei weiß jeder, wie gefährlich Salzsäure ist. Nicht umsonst waren die Feuerwehrleute gegen den stinkenden und ätzenden Salzsäurenebel mit Gasmasken geschützt. Für die anliegenden Bewohner, die Kopfschmerzen, Übelkeit, Atembeschwerden und Brechreiz erlitten, hatte der Bayer-Chef den zynischen Ratschlag parat: „Wem es zu sehr stank, der hätte sich ja entfernen können."

Dieser „Rat" einen Tag nach dem Giftgasunfall ist wirklich ein Hohn. Denn als die Salzsäuredämpfe über Elberfeld-West aufstiegen, hat die Bayer-Werksleitung niemanden von den Tausenden Anwohnern benachrichtigt, so daß sie sich hätten schützen können. Damit hat Bayer skrupellos die Gesundheit von Tausenden von Menschen gefährdet!

Das einzige, worum sich Bayer kümmerte, war, das Ausmaß der Kastrophe zu vertuschen. Während die Werksleitung behauptete, es seien nur 300 Liter der gefährlichen Chemikalie ausgelaufen, sagen Werksangehörige, es waren 1.000 Liter. Während laut Bayer nur ein Abteilungschef ins Krankenhaus eingeliefert wurde, berichten Arbeiter von Bayer, daß mehr als 30 Kollegen verarztet wurden. Dies zeigt: Bayer hat Angst davor, daß die Bevölkerung sich zu Recht über die gefährlichen Produktionsanlagen in Elberfeld empört.

Denn dieser schwere Giftunfall ist bereits der zweite größere Unfall bei den Wuppertaler Bayer-Werken in diesem Jahr. Vor etwas mehr als zwei Monaten, am 25. Mai 1978, explodierte ebenfalls in der Pflanzenschutzmittelproduktion ein Kessel, in dem ein Pflanzenschutzmittel zersetzt wurde. Ein riesiger Qualmpilz, zunächst rot, schließlich schwarz, dann weiß, breitete sich über dem Stadtteil aus. Der Druck der Explosion zerstörte in der Friedrich-Ebert-Straße, der Tiergartenstraße und anderen Straßen reihenweise Fensterscheiben. Sachschaden: mindestens 5 Millionen Mark! Drei Arbeiter verletzt. Damals hieß es: „Die Zersetzung freiwerdender Stoffe stellte keine Gefahr für die Umgebung dar."

Was von derartigen Auskünften zu halten ist, zeigt bereits die Tatsache, daß Bayer erst sechs Stunden (!) nach dem Ausströmen der giftigen Flüssigkeit am 2. August zum ersten Mal die Konzentration der Salzsäuredämpfe gemessen hat. Und das fast einen halben Kilometer von der Unglücksstelle entfernt. Dies geschah erst nach ausdrücklicher Aufforderung durch das Chemische Untersuchungsamt. Kein Wunder, daß nach dieser Zeit die dichtesten Wolken längst verflogen waren und die Messung dann auch „unterhalb der Nachweisgrenze lag".

Es ist schon eine ziemliche Zumutung, wenn der Bayer-Chef Leuchs nach diesen beiden Katastrophen nun an die Bevölkerung appelliert, „Vertrauen in die Bayer-Werke und deren richtige Beurteilung von Zwischenfällen" zu haben. Das Verhalten von Bayer bei diesem Giftunfall hat stattdessen wieder einmal gezeigt, daß für die Kapitalisten die Gesundheit der Arbeiter und der Bevölkerung einen Dreck wert ist, daß für sie nur der Profit zählt. Anscheinend haben sie sogar an Katastrophenschutzeinrichtungen in Elberfeld gespart! Denn warum mußten Pumpen und Experten erst aus Leverkusen kommen, so daß kostbare Zeit verloren ging?

Die Empörung unter den Bewohnern in der Nähe des Chemie-Werkes ist groß. Die Ortsgruppe der KPD/ML hat sofort Flugblätter zu diesem skrupellosen Giftanschlag verteilt. Sie wird die Bevölkerung in ihrem Kampf gegen die gefährliche Umweltverschmutzung durch die unsicheren Bayer-Produktionsanlagen unterstützen.

Der Pillenpapst ist tot

Seine Heiligkeit, der Papst, ist tot. Rundfunk- und Fernsehsprecher verlesen ergriffen die unfaßliche Nachricht vom unerwarteten Hinscheiden des sechsten Paul. In Italien gehen die Lichter aus. Es scheint, die Welt hat einen unermeßlichen Verlust erlitten. Allerdings können auch die prunkvollsten sakralen Zeremonien, die Rundfunk, Fernsehen und Zeitungen uns jetzt einige Zeit nahe bringen werden, nicht darüber hinwegtäuschen, daß hinter den Kulissen im Vatikan schon jetzt ein schamloses Gerangel um den Posten des „Stellvertreters Christi auf Erden" losgehen wird, das dem würdelosen Schachern um Führungsposten in Politik und Wirtschaft in nichts nachsteht; denn einträglich ist es allemal, den „Heiligen Stuhl" zu besteigen.

Zwar gefällt sich der Papst bei seinen öffentlichen Auftritten als bedarfloser, uneigennütziger Gottesmann, der sich in Sorge um die in Elend und Unterdrückung lebenden Menschen schier verzehrt und Nacht für Nacht mit dem lieben Gott ringt, dieser armen Kreatur doch endlich Erlösung zuteil werden zu lassen. Einmal im Jahr gefällt er sich auch in der Rolle des armseligen Lakaien und wäscht — ein Vorbild an Bescheidenheit — anderen Leuten die Füße; doch das alles ändert nichts daran, daß der sechste Paul ein Kirchenfürst gewesen ist, der vor Reichtum gestunken hat. Sein frommes Gebrabbel über die Armut und das Elend in der Welt hat den alleinigen Zweck, das Gerechtigkeitsgefühl und die ehrliche Anteilnahme am Schicksal der hungernden Menschen auf das übelste zu mißbrauchen, um die Taschen der Kirche und seine eigenen zu füllen. Arme, aufrichtig denkende Menschen geben ihren letzten Groschen, während der sechste Paul auf unermeßlichen Schätzen thronte und nicht im Traum daran dachte, sie uneigennützig zur Bekämpfung der Armut in der Welt einzusetzen. Paul VI. war ein Betrüger erster Güte, der mit den aufrichtigen Gefühlen der Menschen Geschäfte machte.

Es ist eine Tatsache, daß der Vatikan genauso wie jeder „weltliche" Konzern, Kapital in unterentwickelte Länder exportiert, es dort gewinnbringend anlegt und selbst Nutznießer dieser sogenannten Entwicklungshilfe ist. So ist es auch kein Wunder, daß er die besten Beziehungen zu den Chefs imperialistischer Länder hat, Faschisten und andere Reaktionäre empfängt und deren Verbrechen an den Völkern den päpstlichen Segen erteilt, während er die Völker selber gütig, wie es sich für den heiligen Vater geziemt, aber doch mit aller gebotenen Strenge vor Haß und Gewalt warnt und sie als Teufelswerk verurteilt. Und während er noch auf der Kanzel in frommem Redeschwall den Armen und Friedfertigen das Himmelreich verspricht, füllen sich seine Kassen. Brechen aber die Imperialisten und ihre Lakaien wie Hitler einen Weltkrieg vom Zaun, so hatte der Vorvorgänger vom sechsten Paul nichts Eiligeres zu tun, als deren Waffen zu segnen. Der Hitlerfaschismus in Deutschland beging seine Verbrechen unter ausdrücklicher Billigung des Vatikans.

Der sechste Paul hat sich nicht nur am einträglichen Geschäft der Imperialisten beteiligt, er ist nicht nur mitverantwortlich für die Ausbeutung und Unterdrückung in der Welt, er mischt sich auch skrupellos in die intimsten Angelegenheiten der Menschen ein mit dem Ziel, sie zu seinen willenlosen, folgsamen Sklaven zu machen, die alles in Demut ertragen. Der sechste Paul wies immer wieder auf die „tatsächliche Existenz" des Satans hin und ist so direkt mitverantwortlich für die Morde, die im Namen des Exorzismus begangen wurden und noch begangen werden. Er spielt sich mit der Selbstherrlichkeit eines Tyrannen mit Hilfe seiner Pillen-Enzyklika zum obersten Sittenwächter auf und beschwört so bewußt und gezielt das Zerbrechen und Scheitern von Familien herauf, die unter kapitalistischen Bedingungen eben nicht in der Lage sind und auch nicht sein können, eine vielköpfige Familie zu ernähren. Alles was daraus erwächst, Selbstmord, Alkoholismus, zerrüttete Ehen, Grausamkeit gegenüber Kindern etc. geht alles mit auf das Konto dieses Papstes, der lieber in den Menschen die finstersten Gedanken des Mittelalters, die verzerrtesten Vorstellungen des religiösen Wahns erzeugt mit allen seinen katastrophalen Folgen, als daß die Menschen nüchtern und klar ihre Lage erkennen und den Weg des Kampfes einschlagen. Deshalb ist dieser scheinbar gebrechliche, leidende und an der Welt fast verzweifelnde arme Paule zu allem bereit gewesen, die Menschen mit seinem religiösen Gift in Sklaven zu verwandeln, sie ihrer Würde zu berauben.



„Wir wissen schon, warum wir ihm die Hände küssen!"

Was hat dieser verlogene Propagandafeldzug gegen die Abschaffung des §218 schon für ein Unglück über die Menschen, vor allem die werktätigen Frauen gebracht. Frauen, die beim Engelmacher krepieren wie Tiere, Frauen und Mädchen, die an ihren Gewissensqualen zerbrechen, die ins Wasser gehen, weil sie ein uneheliches Kind erwarten. Diese Art von Hölle existiert tatsächlich, und der Vatikan mit dem Papst an der Spitze ist einer ihrer Hauptarchitekten. Wer mit solch einem Typen, wie der sechste Paul einer war, Beziehungen unterhält, ist ein Feind der Werktätigen; daß Leute wie Carillo und Berlinguer versuchen, die Kirche von ihren Verbrechen reinzuwaschen, daß revisionistische Staatsoberhäupter sich in Privataudienz empfangen lassen, zeigt die offene Zusammenarbeit der modernen Revisionisten selbst mit der finstersten Reaktion.

Die Kommunisten haben seit jeher die Religion als Opium für das Volk bekämpft. Allerdings ist es üble antikommunistische Hetze, wenn immer wieder verbreitet wird, wir Kommunisten würden jeden Christen an die Wand stellen. Wir sind der Meinung, daß solche skrupellosen und gewissenlosen Verbrecher wie die Päpste und alle, die sich bewußt unter Ausnutzung religiöser Gefühle bereichern und die Menschen in Abhängigkeit und Versklavung halten, zur Verantwortung gezogen werden müssen. Auf der anderen Seite achten wir jeden ehrlichen Menschen, der es mit der Nächstenliebe und dem Frieden auf der Welt ehrlich meint, ungeachtet seiner Weltanschauung.



Den Frieden predigen, die imperialistische Gewalt segnen

Trotzdem sind und bleiben wir Atheisten, weil jede religiöse Vorstellung den Menschen in Unfreiheit hält. Überall bekommen wir zu hören, die ganze Welt trauere um Paul. Gewiß, eine kleine Minderheit wird wohl tatsächlich trauern. Die Bevölkerung aber läßt der „Trauerfall" völlig kalt, am Sonntag abend werden ganz klar die Flüche überwogen haben, als man die sowieso miese Fernsehunterhaltung gestrichen hat und uns stattdessen eine allgemeine Trauer aufzwingen wollte. Wie groß wohl die Sehbeteiligung bei der „Missa solemnis" gewesen ist?

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

Verlag Roter Morgen Postfach 30 05 26

4600 Dortmund 30



Hiermit bestelle ich:

Abonnement ab Nr. .....

○ für 1 Jahr ○ für 1/2 Jahr ○ Probenummer

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Unterschrift: .... **Datum:** ....

(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Die Zahlung erfolgt:

○ jährlich **DM 30,00** ○ halbjährlich **DM 15,00** ○ vierteljährlich **DM 7,50**

Die jeweiligen Gebühren werden mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. um 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements).

Parteibüros der KPD/ML und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML, REDAKTION „ROTER MORGEN", 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 43 36 91 und 43 36 92.

5100 **AACHEN**, Buchladen „Roter Morgen", Viktoriastr. 35, geöffnet: Di 16.30-18.30, Fr 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

4800 **BIELEFELD**, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31, Tel.: 0521/17 74 04, geöffnet: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9.00-12.00 Uhr.

4630 **BOCHUM**, Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 86, Tel.: 0234/51 15 37, geöffnet: Mo, Di, Do, Fr 16.00-18.30, Mi 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

6100 **DARMSTADT**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit", Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16.00-18.30, Mi 12.00-13.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

4600 **DORTMUND** 30 (Hörde), Buchladen „Roter Morgen", Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/43 36 91 u. 43 36 92, geöffnet: Mo-Fr 9.00-12.00 u. 14.00-18.00, Sa 9.00-14.00 Uhr.

4100 **DUISBURG** 11 (Hamborn), Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Bücherstube", Allestr. 49, Tel. 0203/55 06 23, geöffnet: Mo-Fr 9.00-13.00 u. 15.00-18.30, Sa 9.00-14.00 Uhr.

4300 **ESSEN** (Altendorf), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Politische Buchhandlung, Helenenstr. 35, Tel.: 0201/62 42 99, geöffnet: Do 16.00-18.30 und Sa 10.00-13.00 Uhr.

2390 **FLENSBURG** (Duburg), Buchladen „Paul Hoffmann", Burgstr. 5, geöffnet: Mi 16.00-18.30, Sa 10.00-12.00 Uhr. Tel.: 0461/2 96 01

6000 **FRANKFURT**, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78, Tel.: 0611/43 75 95, geöffnet: Di-Fr 16.30-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen", Schulterblatt 98, Tel.: 040/430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

3000 **HANNOVER**, Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511/44 51 62, geöffnet: Di-Fr 17.00-19.00, Sa 9.00-13.00 Uhr.

7100 **HEILBRONN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Ernst-Thälmann"-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di u. Fr 17.00-19.00 Uhr.

3500 **KASSEL**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Arbeiterbuchladen „Klartext", Mittelgasse 9, Tel.: 0561/1 65 07, geöffnet: Di-Fr 15.30-18.00, Sa 10.00-12.00 Uhr.

2300 **KIEL** 1, Buchladen „Roter Morgen", Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/56 77 02, geöffnet: Mo-Mi u. Fr 9.00-13.00 u. 15.00-18.00, Do 9.00-13.00 u. 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

5000 **KÖLN** 91, Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221/85 41 24, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

6700 **LUDWIGSHAFEN** (Friesenheim), Parteibüro der KPD/ML, Ruthenstr. 1, Tel.: 0621/69 71 09, geöffnet: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9.30-13.00 Uhr.

2400 **LÜBECK**, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451/7 69 39, geöffnet: Di, Do, Fr 16.30-18.30 Uhr.

4400 **MÜNSTER**, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16, Tel.: 0251/6 52 05, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11.00-14.00 Uhr.

2350 **NEUMÜNSTER**, Buchladen „Roter Morgen", Kieler Str. 21, Tel.: 04321/4 64 24, Mo, Mi, Fr 15.30-18.00, Sa 9.00-13.00 Uhr.

8500 **NÜRNBERG**, Parteibüro der KPD/ML, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911/43 80 43, geöffnet: Mi-Fr 17.00-19.00, Sa 10.00-14.00 Uhr.

8000 **MÜNCHEN** 2, Buchhandlung „Roter Morgen", Frauenhoferstraße 13, geöffnet: Mo—Fr 14.30-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

7000 **STUTTGART** 1, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/43 23 88, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 WESTBERLIN 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030/4 65 39 66, geöffnet: Mo-Fr 11.00-18.00, Sa 10.00-14.00 Uhr.